Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926. | Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. | Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,50. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 220. | Freitag, den 21. September 1900. | 7. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Eigener Bericht des Lübecker Volksboten.)

g. Mainz, 18. September.

2. Verhandlungstag.

(Nachmittags-Sitzung.)

Ulrich-Offenbach führt den Vorsitz.

Antrick-Berlin theilt das Ergebniß der Mandatprüfungs-Kommission mit. Es sind 198 Delegirte mit 226 Mandaten anwesend. Außerdem sind ein Vertreter des Hamburger Verlagsgeschäfts und ein Vertreter des „Vorwärts“ sowie die ausländischen Gäste anwesend. Die Mandatsprüfungskommission beantragt, alle Mandate für gültig zu erklären, auch zwei beanstandete. Nach unwesentlicher Debatte, die sich um einen Fall aus Hamburg dreht und nur lokales Interesse hat, tritt der Parteitag dem Antrag der Kommission bei.

Es folgt Punkt Maifeier.

Der Referent Metzner-Berlin empfiehlt die Annahme der vorjährigen Resolution, die den Parteigenossen, da wo es ohne Nachtheile für sie geschehen kann, die Arbeitsruhe am 1. Mai zur Pflicht macht.

Der Parteitag beschließt debattelos diesem Vorschlage entsprechend.

Es folgt Punkt Weltpolitik.

Das Referat hat Paul Singer: Der Parteitag wird es begreifen, mit welchen Gefühlen ich dies Referat hier halten muß. War es doch unserem großen Todten Wilhelm Liebknecht zugedacht. Gerade in Liebknecht hatte die Gegnerschaft gegen die Weltpolitik ihren kraftvollsten Vertreter gehabt. Nun muß ich Sie bitten, mit dem vorlieb zu nehmen, was ich an seiner Stelle Ihnen bieten kann. Viele Worte brauche ich nicht zu machen. Ist doch in der gesammten Parteipresse und in allen Parteiversammlungen einmüthig und mit Entrüstung diese Weltabenteuerpolitik abgelehnt worden! Ich habe dem Parteitag folgende Resolution zur Annahme vorgelegt:

„Der Parteitag erklärt: Die zum Zweck kapitalistischer Ausbeutung und militärischer Machtentfaltung betriebene Welt- beziehentlich Kolonialpolitik, wie sie neuerdings auch in dem Zuge nach China zum Ausdruck kommt, entspringt in erster Linie dem habgierigen Verlangen der Bourgeoisie nach neuen Gelegenheiten zur Unterbringung des stets anschwellenden Kapitals, dem die Ausbeutungsangelegenheiten im Inlande nicht mehr genügen, sowie dem Drang nach neuen Absatzmärkten, die jedes Land für sich zu usurpiren trachtet. — Diese Politik beruht auf der gewaltsamen Aneignung fremder Ländergebiete und der rücksichtslosesten Unterjochung und Ausbeutung der in denselben wohnenden Völkerschaften; sie führt aber auch nothwendig zur Demoralisation und Verrohung der ausbeutenden Elemente, die ihre Raubsucht durch die verwerflichsten Mittel zu befriedigen streben und dadurch fortgesetzt Empörungen der Mißhandelten hervorrufen. — Die überseeische Eroberungs- und Raubpolitik führt ferner zu Eifersüchteleien und Reibungen der rivalisirenden Mächte, und infolge dessen zu unerträglichen Rüstungen zu Wasser und zu Lande; sie enthält den Keim zu gefährlichen internationalen Konflikten, welche die auf friedlichem Wege mühsam errungenen Kultur- und Verkehrsbeziehungen in Frage stellen und schließlich eine allgemeine Katastrophe wahrscheinlich machen — Die Sozialdemokratie als Feindin jeder Unterdrückung und Ausbeutung von Menschen durch Menschen erhebt gegen diese Raub- und Eroberungspolitik den entschiedensten Widerspruch. Sie verlangt, daß die wünschenswerthen und erforderlichen Kultur- und Verkehrsbeziehungen zu allen Völkern der Erde dadurch verwirklicht werden, daß die Rechte, die Freiheiten, sowie die Unabhängigkeit dieser Völkerschaften geachtet und gewahrt werden und sie nur durch Lehre und Beispiel für die Aufgaben moderner Kultur und Zivilisation gewonnen werden. Die gegenwärtig von der Bourgeoisie und den militärischen Machthabern aller Nationen angewendeten Methoden sind der blutige Hohn auf Kultur und Zivilisation. — Der Parteitag erklärt im Besonderen: Die deutsch-chinesische Weltpolitik, für welche die Reichsregierung die Verantwortung übernommen hat, beruht auf der allgemeinen Profitwuth der Bourgeoisie, auf militärischer Ruhmsucht und der ehrgeizigen chauvinistischen Leidenschaft, ein größeres Deutschland zu schaffen. — Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hält diese Politik für verwerflich und erhebt den entschiedensten Widerspruch gegen die abenteuerliche gewaltsame Chinapolitik der Regierung, welche für das Volk schwere Gefahren herbeiführt und ungeheure Opfer an Gut und Blut erfordert. — In den ohne Befragung und Genehmigung der Volksvertretung vorgenommenen Truppensendungen nach China, sowie in der Verwendung der hierzu erforderlichen Geldmittel erblickt der Parteitag einen verfassungswidrigen und daher ungesetzlichen Akt der Regierungsgewalt. Der Parteitag erklärt den sofortigen Zusammentritt des Reichstages für geboten, um den Vertretern der Arbeiterklasse die Möglichkeit zu schaffen, die absolutistische Gewaltpolitik der Regierung, sowie die volksfeindliche Politik der Parteien zu brandmarken, welche der Mißachtung der Volksvertretung und dem persönlichen Regiment Vorschub leisten. — Der Parteitag fordert schließlich alle Organe der Partei auf zur energischen Ausbreitung der Agitation gegen die volksschädliche Chinapolitik der Regierung.“

Daß die Gründe für die Weltpolitik in dem Streben des Kapitalismus liegen, seine Ausbeutungsgelegenheiten zu vermehren, ist für jeden offenbar. Angeblich wird sie im Namen der Zivilisation, im Namen der Kultur geführt. Die Mittel aber, die hierzu angewandt werden, sind der blutigste Hohn auf jede Zivilisation, auf jede Kultur. Die Weltpolitik ist eine nackte Raubpolitik. Die Entwickelung unserer Chinapolitik zeigt zudem zur Evidenz, daß wir einem Schlachten der Völker unter einander entgegengetrieben werden, die durch ihre Regierungen in diese Abenteuer hineingetrieben sind. Wir betrachten es nicht als eine Aufgabe des deutschen Volkes, daß es seine Nase überall da hineinsteckt, wo auf der Welt irgend etwas los ist. Man will uns einreden, daß Handel und Industrie, also auch die Arbeiterschaft Nutzen ziehe aus dieser Expansionspolitik. In Wahrheit sind es aber nur die Armee- und Marinelieferanten, die etwas davon haben. Wir Sozialdemokraten werden uns stets gegen eine Politik erklären, die auf Unterdrückung anderer Völker basirt. Die Mittel, die die herrschenden Klassen anwenden, sind der Ausfluß eines brutalen Egoismus. Sie müssen zur Verrohung führen. Steigt nicht jedem Deutschen die Schamröthe ins Gesicht, wenn man der Thaten eines Leist, eines Wehlan und Peters gedenkt? In der einen Hand die Schnapsflasche, in der anderen die Bibel und die Flinte, so verbreitet man deutsche Kultur! Und die Politik des beschränktesten Assessorismus, Bureaukratismus und Militarismus soll das deutsche Volk mitmachen? Die deutsche Arbeiterklasse kann und wird durch die famosen Pachtungen à la Kiautschou nur Schaden haben, durch die finanzielle und persönliche Belastung und nicht zuletzt auch durch die Verschlechterung der Arbeitsgelegenheit. Mit den Mitteln deutscher Arbeiter sucht man chinesische Lohndrücker ins Land zu ziehen. Wir haben zwar nichts gegen die Einwanderung ausländischer Arbeiter. Aber wir wollen sie nicht als Lohndrücker verwandt sehen, sondern wir suchen sie in unsere Organisationen zu ziehen, damit sie Schulter an Schulter mit den deutschen Arbeitern zur Verbesserung ihrer Lebenslage kämpfen. Ich meine, es ist hier nicht unsere Aufgabe, uns über den Begriff Weltpolitik zu streiten und zu erörtern, welche Weltpolitik etwa von Sozialdemokraten gebilligt werden könnte. Die Beantwortung dieser Frage können wir getrost verschieben, bis wir einmal die politische Macht erobert haben. Für jetzt handelt es sich für uns um die deutsche Weltpolitik, um die deutsche Chinapolitik. Die Weltpolitiksucht ist jetzt in Deutschland zur Siedehitze gediehen, hat doch ein jedenfalls von der Hunnenaufgabe der Deutschen sehr begeisterter Geistlicher von einem heiligen Krieg mit China gesprochen. Von der deutschen Chinapolitik gilt das, was ich von der Weltpolitik im Allgemeinen gesagt habe. Sie beruht auf militärischer Eroberungssucht, chauvinistischem Landhunger und kapitalistischer Profitwuth. Die Kapitalisten, die an den Lieferungen für den Militarismus und für den Feldzug interessirt sind, sie beeinflussen den Chinarummel. Das Kapital hat sich hier wieder einmal eklatant als international erwiesen, als so international, daß sogar Waffen an die Feinde geliefert werden. Die Chinapolitik hat zur Ernennung des Grafen Waldersee als Oberbefehlshaber geführt.

Die Tagespresse stellt es so dar, als sei die Anregung dazu von Rußland ausgegangen. An dieser Version kann man die begründetsten Zweifel hegen. Dem Grafen Bülow rühmt man besondere Klugheit nach. Ich kann in der Uebernahme des Oberbefehls durch Deutschland keine besondere Klugheit erkennen, auch vom Standpunkt der Regierung nicht. Es ist zweifelhaft, ob sich Graf Waldersee in China Lorbeeren holen wird. Vielleicht in diesem Zweifel hat er sich die Lorbeeren schon vorschußweise bei der Abfahrt geholt. Sein Chinazug würde für eine Operette guten Stoff bieten. Der Chinazug ist bis jetzt ohne den Reichstag geführt worden. Die Nichteinberufung des Reichstags ist wieder eine Unklugheit der Regierung, ganz abgesehen von der Verfassungswidrigkeit. Hätte die Regierung den Reichstag einberufen, sie hätte heute schon den Millionensegen des Parlaments. Wir hätten die Chinapolitik gebrandmarkt, die Mehrheitsparteien, namentlich das Zentrum, hätte sie gebilligt. Ich habe sogar die Vermuthung, daß man vom Zentrum aus die Regierung ersucht hat, den Reichstag nicht einzuberufen. Man wollte dort vor ein fait accompli gestellt werden.

Und doch müssen wir zur Nichteinberufung des Parlaments hier Stellung nehmen. Wir müssen das Verfassungswidrige des Vorgehens der Regierung kennzeichnen und dagegen protestiren. Wir müssen hier die Aufgabe, die die bürgerliche Demokratie versäumt hat, vollbringen. Wir müssen die volksfeindliche Politik brandmarken. Die Mißachtung des Parlaments muß im Reichstag selbst zur Sprache gebracht werden. Der Reichstag wird schließlich Ja und Amen zu allem Vergangenen und Zukünftigen sagen, wir müssen trotzdem darauf dringen, daß der Reichstag sofort einberufen wird. Genossin Luxemburg verlangt eine größere Agitation gegen die Chinapolitik. In unserer Presse und auch in Versammlungen ist gegen die Weltpolitik von uns entschieden protestirt worden. Das sollte auch der Genossin Luxemburg genügen. Die Partei ist einig im schärfsten Protest und jetzt muß die Bewegung von Neuem einsetzen. Der Protest im Reichstag genügt nicht, er muß auch kräftig im Volke einsetzen. Es ist nothwendig, daß von draußen her der Reichstag gedrängt werde. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, der Weltpolitik des Militarismus und Chauvinismus entgegenzusetzen die Weltpolitik des Proletariats; der Weltpolitik des internationalen Kampfes um die Beute ist entgegenzusetzen die internationale Solidarität der Ausgebeuteten. Das Proletariat will nicht die Weltkriege, sondern den Weltfrieden. Mit der Annahme der Resolution verpflichten wir uns zur Fortführung des Kampfes, wir erfüllen damit aber auch das Vermächtniß Wilhelm Liebknechts, daß wir gegen die Gewaltpolitik den Kampf führen, stets in der Offensive, niemals in der Defensive. (Lebhafter Beifall.)

Müller-München: Bei uns in Süddeutschland herrscht bis weit in bürgerliche Kreise hinein eine Erbitterung über die ganze Hunnen- und Rachepolitik. In Bayern will man mit dieser Schein- und Paradepolitik nichts zu thun haben. Bei uns nennt man das preußische Protzerei. Das bayerische Zentrum hat vorgestern auf der Versammlung des Bauernbundes in Tuntenhausen sehr energische Töne angeschlagen, selbst nationalliberale Blätter sprachen von unangenehmen Nebenerscheinungen. Diese Nebenerscheinungen waren die Haupterscheinungen. An Agitation hat es manchmal etwas gefehlt. Da wir aber den glücklichen Zustand des absolutistischen Regiments noch eine Weile haben werden, so kann das noch nachgeholt werden. Ueberall muß es heißen: Nieder mit dem hunnenmäßigen Absolutismus. Noch eine andere Resolution müssen wir fassen gegen den Raubzug des englischen Kapitals nach Transvaal. Ich empfehle Ihnen eine Resolution in diesem Sinne.

Dr. Schönlank-Leipzig: Der Kampf gegen das absolutistische Regiment ist die Hauptsache, denn wir werden jetzt parlamentslos absolutistisch regiert. Wir leben in einer Zeit, ähnlich der Karl I. von England, als er 11 Jahre ohne Politik regierte. (Sehr gut.) Wir leben in einer Zeit neubyzantischer Systematik. Als bei uns die Etzelpolitik inaugurirt wurde, unterlief ein kleiner Irrthum. Etzel hat nicht vor 1000 Jahren, sondern im 5. Jahrhundert gelebt. Wir kennen Attila, mindestens war er ein sehr gescheiter Despot. Wir leben in der Zeit der Autokratie. (Heiterkeit.) Die Scherl'sche Woche steht jetzt im Vordergrund, durch sie haben wir Triumphatoren vor dem Siege bekommen. (Heiterkeit) Unsere Politik ist jetzt im Varieteestil gehalten, das ist tragikomisch, tragisch für das Volk, komisch für die Regierung. Herr Waldersee will nie einen Rückzug befehlen. Napoleon I. und Alexander der Große haben Rückzüge, sehr werthvolle Rückzüge gewagt. Zwischen Wollen und Können klafft bei uns ein tiefer Spalt. Die deutsche Fahne hat nicht auf Pekings Mauern geweht, kein deutscher Soldat war bei der Eroberung betheiligt, und kommen die vielen tausend Taels zur Vertheilung, so müssen sie nicht christliche Europäer, sondern buddhistische Japaner bekommen. Dem sozialpolitischen Fiasko, das mit den Februar-Erlassen anfing und mit der Zuchthausvorlage endete, ist jetzt das weltpolitische Fiasko gefolgt. (Sehr gut.) Von einer Blamage gehts zur anderen. Man lese nur den Spott der ausländischen Zeitungen. Die Chinapolitik verursacht uns so viel Kosten, daß wir jetzt bei den Yankees pumpen müssen. In der Regierung ist völlige Desorganisation. Vom Reichskanzler merkt man kaum etwas, seine untergeordneten Organe können für die uferlose Abenteuerpolitik von uns nicht zur Verantwortung gezogen werden. Diese Abenteuerpolitik führt uns aber schlimmen Krisen, vielleicht dem Weltkrieg entgegen. Opposition gegen diese Politik in schärfster Form ist deshalb gerathen. Die Volksfreiheit muß hier dem Despotismus klar gegenübergestellt werden. (Lebhafter Beifall.)

Friedrich-Lübeck berichtet, daß auch in der Ostsee- und Handelsstadt Lübeck der Khakirummel keine große Anhängerschaft hat. In der Resolution Singer vermißt er einen Passus, in dem gesagt wird, daß die Chinapolitik jede soziale Reform im Innern verhindert. Er schließt: Pardon wird nicht gegeben, die Weltpolitik machen wir nicht mit. (Beifall.)

Schmalfeld-Bremerhaven giebt Zahlen über die Lohndrückerei der Chinesen auf den deutschen Schiffen. Für einen chinesischen Heizer werden monatlich 27 Mk. gezahlt, davon hat er noch 3 Mk. für den chinesischen Koch gezahlt. Ein deutscher Heizer erhält 75—80 Mk. Darin liegt des Räthsels Lösung, weshalb die Chinesen beschäftigt sind. Die Lohndrücker und Streikbrecher sind noch stets die lieben Kinder des deutschen Kapitals gewesen. Die deutschen Arbeiter und Handwerker haben keinen Vortheil von der Chinapolitik. China bringt nur billige Waaren zu uns und schädigt den deutschen Arbeiter und Handwerker. Tuchanzüge und Stiefel sind z. B. in China viel billiger als bei uns.

Adler-Kiel: Mein Heimathsort ist das Zentrum der Weltpolitik, freilich wider Willen. Bei uns ist man nicht für Welt- und Kolonialpolitik. Ueber viele Dinge schüttelt man in Kiel den Kopf. Die Mobilmachung des einen Seebataillons hat doppelt so lange gedauert wie die Mobilmachung der ganzen Armee 1870. Das paßt nicht zu den großen Ausgaben für Militärzwecke. Es scheint, daß der Moloch so stark gefüttert worden ist, daß er sich nicht mehr recht rühren kann. Als die Flotte bewilligt wurde, sagte man, sie diene uns zum Schutze der Nordsee und Ostsee. Jetzt ist die ganze Flotte nach China gedampft und wir sind „schutzlos“. Die ersten Invaliden aus China sind bereits zurück. Sie haben aber strengen Befehl, nichts auszuplaudern über China. Das ist eigentlich merkwürdig. Wir sollen doch hausen wie die Hunnen, und nun dürfen die, die drüben waren, nicht einmal sagen wie's gemacht wird. (Sehr gut.) In der Resolution vermisse ich einen Satz, der die Uebernahme des Oberbefehls durch Deutschland verurtheilt. Ich beantrage einen dementsprechenden Zusatz. (Beifall.)

Rosa Luxemburg; Auf meinen Vorwurf, daß nicht genug gegen die Chinapolitik agitirt worden ist, habe ich noch keine Antwort bekommen. Was Genosse Pfannkuch mir geantwortet hat, war unter aller Kritik. Wieder die abgestandene Redensart von dem Fehlen der zwei Dutzend Bebels. Es wäre doch der Fraktion oder dem Vorstand ein Leichtes gewesen, ein Manifest zu erlassen und Versammlungen abzuhalten. Wir machen uns ja lächerlich. Wir wettern im Frieden gegen die Weltpolitik, aber wenn es zum Kriege kommt, sind wir still. Die ersten Ereignisse fielen in die Ferienzeit. Um sich aber, wenn ein Weltkrieg ausgebrochen ist, Ferien zu gönnen, muß man mindestens Reichskanzler sein, eine Oppositionspartei darf das nicht. Eine Oppositionspartei muß agitiren und braucht damit nicht zu warten, bis sich die Bebel, Auer, Vollmar wie die Kaninchen vermehrt haben.

Düwell-Essen bringt die Lieferung von Kriegsmaterial an die Buren und Chinesen durch Krupp, „den Sammler internationaler Orden und internationalen Geldes“ zur Sprache.

Adolph Hoffmann-Berlin stellt sich auf den Standpunkt von Genossin Luxemburg. An Versammlungsrednern hätte es nicht gefehlt, das hat die Debatte bewiesen. Ich beantrage, daß, was der Vorstand unterlassen hat, jetzt noch nachgeholt werden muß.

Feudrich-Karlsruhe: Wenn auch ich der Genossin Luxemburg Recht gebe, muß sie wirklich Recht haben. Wir müssen eine energievolle Agitation einleiten. Wir stehen nicht vor einer neuen Reaktion, sondern vor einer neuen, vielleicht letzten Phase der kapitalistischen Entwicklung. Die Resolution gegen England für die Buren ist mir aus der Seele gesprochen.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt.

Ledebour-Dresden: Es giebt bürgerliche Elemente, die mit der Weltpolitik sympathisiren, die sich nur der Operettenform schämen. Wir aber müssen gegen die Raubpolitik des internationalen Kapitalismus Front machen. Das mit in die Erscheinung tretende absolutistische Regiment ist für uns nicht der Kernpunkt der Sache, so nothwendig es ist, auch dieses zu bekämpfen. Bei uns werden Reden gehalten, die manche Leute verstimmen. Denken Sie sich, wir hätten Staatsmänner wie Chamberlain oder Mac

Kinley; unsere Kapitalisten würden Hosianah rufen. In der Resolution für die Buren muß der Gesichtspunkt der Gegnerschaft gegen die Seuche des Imperialismus zum Ausdruck kommen. Ich stelle ein dahingehendes Amendement. Denn selbst in unseren Reihen ist man von dieser Seuche nicht ganz frei. Eduard Bernstein (Lachen) hat in den „Sozialistischen Monatshesten" einen Artikel veröffentlicht, der halb und halb mit dem Imperialismus liebäugelt. Die „Frankfurter Zeitung" druckt den Artikel ab und sagt: Und dieser Mann lebt in der Verbannung, während er doch nahezu reif wäre, in das deutsche Auswärtige Amt einzutreten. (Lachen.) Lachen Sie nicht, das sind sehr ernste Dinge. Wenn in unseren Reihen schon solche Gedanken aufkommen, können Sie sich denken, wie arg das Bürgerthum der imperialistischen Seuche verfallen ist. Von diesem Bürgerthum müssen wir uns scheiden, mit ihm dürfen wir auch nicht auf anderen Gebieten zusammengehen. (Beifall.)

Dr. Quarck-Frankfurt a. M.: Unsere Weltpolitik nützt noch nicht einmal dem deutschen Kapital etwas, sie wird allein vom Gesichtspunkt des Kasernenhofes geleitet und läßt die wirthschaftlichen Interessen unserer Handelswelt ganz außer Acht. 1870 haben wir nicht solche Hunnenbriefe zu lesen bekommen, wie jetzt. Die Verrohung hat seit dem Hunnenkurs erschreckliche Fortschritte gemacht. In China werden Kinder aufgespießt, in Deutschland Hunnenkinderfeste arrangirt. England hat in dem Transvaalkrieg seine schlimmste kulturelle Erniedrigung erlebt, und in denselben Kurs werden wir hineingetrieben. Gegen die Verhunnisirung von Europa, das ein erweitertes Preußen werden soll, müssen wir den schärfsten Protest einlegen im Namen der Humanität und des Sozialismus. (Beifall.)

Hug-Bant: Den Parteitag trifft kein Vorwurf für mangelnde Agitation. Er hat werthvolle Anregungen gegeben. Der „Vorwärts" war in dieser Frage geradezu vorzüglich redigirt. Gemachte Kundgebungen haben keinen Werth. Wenn unsere Genossen von größerer Agitation abgesehen haben, so liegt das an der Macht und Verbreitung unserer Presse.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Singer konstatirt in seinem Schlußwort die völlige Einmüthigkeit der Partei in der Frage der Welt- und Chinapolitik. Auch Genosse Bernstein, dessen Auffassungen über Weltpolitik ich nicht alle theile, ist in Bezug auf die gegenwärtige Chinapolitik mit uns ganz derselben Meinung. Die Debatte über diesen Punkt der Tagesordnung war eine imposante Kundgebung gegen die deutsche und die internationale Weltpolitik. Auf Grund der hier gepflogenen Debatten werden wir frisch und fröhlich in den Kampf ziehen. (Lebhafter Beifall)

Die Resolution Singer wird mit dem Zusatz, der auf das Stagniren sozialer Reformen hinweist, einstimmig angenommen, alle anderen dazu gestellten Amendements werden abgelehnt. Auch die Burenresolution wird mit dem Zusatz Ledebour gegen den Imperialismus angenommen.

Hierauf wird die Sitzung auf Mittwoch vertagt.

Dritter Verhandlungstag.

(Vormittags-Sitzung).

g Mainz, 19. Septbr. 1900.

Singer für den Vorsitz.

Bebel ist eingetroffen und wird lebhaft begrüßt, mit seiner blauen Brille macht er einen ungewohnten Eindruck.

Da die Kommission für die Organisationsfrage ihre Arbeiten noch nicht beendet hat, ihre Mitglieder aber den Wunsch äußern, den Berathungen über die Verkehrs- und Handelspolitik beizuwohnen, wird dieser Punkt zurückgestellt und die Berathung der Anträge vorgenommen, die zu keinem Punkte der Tagesordnung gestellt sind, sondern andere Dinge behandeln.

Ein Antrag der Parteigenossen Berlin I, den „Vorwärts" baldmöglichst in eigene Regie zu übernehmen und in eigener Druckerei herstellen zu lassen, sowie ferner nach der hierdurch eintretenden Verbilligung der Herstellungskosten eine Herabminderung des Abonnementsbetrages vorzunehmen, wird zurückgezogen, da im Einverständniß mit dem Vorstand Verhandlungen nach der im Antrag vorgezeichneten Richtung bereits im Gange sind.

Anträge, die sich auf Herausgabe billiger Brochüren und eines politischen ABC-Buches beziehen, werden abgelehnt.

Ein Antrag auf Neuherausgabe einer Anweisung über das Vereins- und Versammlungsrecht und in derselben die durch die Gesetzgebung und die richterliche Rechtsprechung nothwendig gewordenen Aenderungen vorzunehmen, wird angenommen.

Hug-Bant spricht zu folgendem Antrag der Parteigenossen in Bant-Wilhelmshaven: Die Parteipresse ist verpflichtet, von Unternehmern, bei welchen sich die Arbeiter im Streik befinden oder über welche von der betreffenden Organisation die Sperre verhängt ist, für die Dauer dieses Streiks bezw. Sperre keine Geschäftsempfehlungen aufzunehmen. Er befürwortet einen Zusatz dahingehend, daß die Streiks oder die Sperre von den betreffenden Organisationen gutgeheißen werden. Der Antrag verdanke seine Entstehung dem Umstande, daß das Parteiblatt von einer Firma Anzeigen aufgenommen habe, bei der ein von der betr. Organisation nicht gebilligter Streik ausgebrochen war.

Molkenbuhr-Hamburg bittet, den Antrag abzulehnen. Die Partei sei für unbeschränkte Preßfreiheit. Der Antrag verlange sozusagen ein sozialdemokratisches Preßgesetz. Wenn man die Konsequenz aus dem Antrag ziehen wollte, müßte man den Parteiblättern die Aufnahme von Annoncen überhaupt verbieten. Wer garantire dafür, daß in Waarenhäusern von Wertheim nicht solche Waaren feilgeboten werden, die von gesperrten Firmen herrühren? Alle solche Bestimmungen stellten, sofern sie nicht überflüssig seien, ein sozialdemokratisches Preßgesetz dar, das man im Interesse der Preßfreiheit abschaffen müsse.

Hoffmann-Hamburg meint, man müsse dergleichen Dinge dem Ermessen der Partei-Expeditionen überlassen.

von Elm-Hamburg wendet sich gegen Molkenbuhr. Wir leben in einer Zeit des Kampfes. Da können wir uns nicht auf unsern idealen Standpunkt zurückziehen. Die Gegner denken nicht daran, uns gegenüber so zarte Rücksichten walten zu lassen. Das Amendement Hug sei gerechtfertigt, mit diesem Amendement befürworte er die Annahme des Antrages.

Adolf Hoffmann-Berlin stellt sich auf den Standpunkt von v. Elm. Der von Hug gewünschte Zustand sei in Berlin beim „Vorwärts" eingeführt und habe sich bewährt. Wir können doch nicht den Grundsatz proklamiren: Geld riecht nicht.

Molkenbuhr-Hamburg betont nochmals, daß man die Erledigung solcher Angelegenheiten dem Taktgefühl der Parteizeitungen überlassen müsse. Wo wirkliche Kämpfe mit der Firma ausgebrochen seien, sei die Nichtaufnahme der Annoncen selbstverständlich. Ganz zu verwerfen sei aber die Einfügung einer Streikklausel in länger laufende Annoncen-Kontrakte. Man dürfe ein Mittel, welches man als unsittlich bekämpfe, nicht selbst anwenden.

Scheidemann-Nürnberg ist für den Antrag mit dem Amendement Hug. Er bittet nur, daß die Entscheidung über die Aufnahme von Inseraten nicht den örtlichen Organisationen überlassen bleibe.

Wiczorowski-Staßfurt schließt sich dem Vorredner an.

v. Elm-Hamburg polemisirt gegen Molkenbuhr; dem Taktgefühl der Expeditionen könne man die Entscheidung nicht überlassen. Gerade in Hamburg seien zwischen der Expedition des „Echo" und den Gewerkschaften schon öfters sehr ernstliche Differenzen entstanden. Für eine Pflicht der Gewerkschaften halte er es, die Parteiexpeditionen rechtzeitig von Streiks und Sperren zu unterrichten.

Nachdem sich noch Seiter-Stuttgart für das Amendement Hug erklärt hat, wird der Antrag mit dem Zusatz Hug mit großer Mehrheit angenommen.

Ein Antrag, die „Gazeta Robotnicza" von Berlin nach Oberschlesien zu verlegen, findet nicht die genügende Unterstützung.

Frau Greiffenberg-Berlin befürwortet die Annahme eines Antrages, der den Parteiblättern aufgiebt, mehr wie bisher in ihrem Inhalt auf die Interessen der Arbeiterinnen Rücksicht zu nehmen.

Adler-Kiel empfiehlt die Annahme des Antrages. Die Frauenkonferenz wollte ursprünglich besondere Frauenbeilagen für die Blätter haben, sie haben sich schließlich mit diesem Antrage beschieden. Auf die Fraueninteressen muß aber mehr Rücksicht genommen werden. Das kommt der Parteipresse zu Gute, denn mancher Mann läßt sich heute von der Frau kommandiren und bestellt nur diejenige Zeitung, die eben die Frau wünscht. Man muß also unsere Zeitungen den Frauen sympathisch zu machen versuchen, natürlich ohne die Rubrik „Klatsch" einzuführen.

Schöpflin-Chemnitz ist mit dem Antrag einverstanden, aber die Durchführung hält er für sehr schwer, denn es fehlt an dem nöthigen Material. Frauen müßten populäre Artikel einsenden, daran mangelt es aber.

Der Antrag wird hierauf angenommen.

Habicht-Frankfurt a. M. begründet einen Antrag, dem Vorwärts eine Monatsbeilage beizugeben, die kommunalpolitische und sonstige in dieses Gebiet gehörige Fragen erörtert und bespricht, unter Hervorhebung der großen Bedeutung, die das kommunale Gebiet im Parteileben beanspruchen darf. Eine solche Beilage würde die Genossen unterrichten und verhindern, daß Genossen Gelder für den Empfang eines Köller bewilligen. Die Fragen des Vorortsverkehrs, der Volksbäder, der kommunalen Versammlungssäle müßten mehr wie bisher besprochen werden.

Parteisekretär Pfannkuch-Berlin bittet, den Antrag in der vorliegenden Form abzulehnen. Der „Vorwärts" hat in letzter Zeit eine große Ausgestaltung erfahren. Das hier behandelte Thema sei noch nicht spruchreif. Die Verhältnisse der großen Kommunen ließen sich nicht ohne Weiteres auf die kleinen übertragen. Gegen eine Ueberweisung des Antrags an die Parteileitung zur Berücksichtigung habe er nichts einzuwenden.

Scheibe-Hartmannsdorf b. Chemnitz hält es für nothwendig, ein Organ für die Gemeindevertreter zu schaffen. Mindestens sei der Antrag der Parteileitung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Der Antrag wird der Parteileitung zur Berücksichtigung überwiesen.

Göller-Frankfurt a. M. begründet einen Antrag, der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu ersuchen, die Herausgabe einer wissenschaftlichen Schrift veranlassen zu wollen, welche in eingehender Weise und im Lichte der materialistischen Geschichtsauffassung das Streben des katholischen Klerikalismus zur Erlangung der politischen, sozialökonomischen und allgemeinen geistigen Weltherrschaft behandelt. Der Kampf gegen das Zentrum sei die Hauptaufgabe im ganzen westlichen Deutschland. Die Thätigkeit der Missionare muß dabei auch beleuchtet werden.

König-Bochum wünscht eine Agitationsbroschüre gegen das Zentrum, die schwarze Garde.

Richard Fischer-Berlin: Was Genosse König wollte, deckt sich mit dem Antrage Göller, der da ein wissenschaftliches Buch will, das gewiß nicht überflüssig ist. Eine Agitationsbroschüre, die König fordert, wird in den nächsten Tagen erscheinen, sie halte ich auch für wirksamer wie theoretische Abhandlungen. Wir müssen den katholischen Arbeiter an seinem Klassenbewußtsein packen. Dazu ist die vom Genossen Hoch verfaßte eben erwähnte Broschüre geeignet.

Der Antrag Göller wird hierauf abgelehnt.

Scheibe-Hartmannsdorf beantragt folgende Resolution:

„In Erwägung, daß durch die ungeheuerliche Ausbeutung des deutschen Volkes seitens der Bergwerksbesitzer und ihrer Agenten eine für weite Kreise der Bevölkerung nahezu unerträgliche Lage auf dem Kohlenmarkt geschaffen worden ist, spricht der Parteitag die Erwartung aus:

1. daß die sozialdemokratischen Abgeordneten diese Angelegenheit zur passenden Zeit im Reichstage bezw. den Landtagen zur Sprache bringen;
2. daß diese Frage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags gesetzt wird, falls die Lage des Kohlenmarktes sich bis dahin nicht gründlich geändert hat;
3. daß sich die Parteipresse eingehender als bisher damit beschäftigt und die Frage der Verstaatlichung der Bergwerke näher ventilirt."

Der Antragsteller führt aus: Wir müssen uns hier mit der Kohlentheuerung beschäftigen, da sie in weiten Kreisen große Erregung hervorgerufen hat. Die Theuerung haben wir dem Kohlensyndikate zu verdanken. Die Agenten der bürgerlichen Gesellschaft haben aber verbreitet, daß die Kohlentheuerung infolge des Streiks der österreichischen Kohlengräber entstanden ist. Die Frage muß im Parlament zur Sprache gebracht werden, vor allem aber muß die Parteipresse die Frage mehr als bisher erörtern. Hier hat unsere Presse eine Pflicht verabsäumt. Die bürgerliche Presse hat uns hier theilweise überflügelt. In Bezug auf die Frage der Verstaatlichung der Bergwerke soll das Für und Wider genau geprüft werden. Bereits wird die Frage in Zentrumskreisen und von österreichischen Fachmännern ventilirt und vielfach mit Ja beantwortet. Ich meine, es ist gut, wenn wir die Frage auf dem nächsten Parteitag einmal erörtern.

Schöpflin-Chemnitz bittet um Annahme der Resolution in vollem Umfange. Es genügt nicht, die Kohlenbarone anzugreifen, die Frage der Kohlennoth muß grundsätzlich und wirksam angefaßt werden. Der „Vorwärts" hat die Frage der Verstaatlichung einmal nur sehr vorsichtig gestreift, andere Blätter halten sie überhaupt nicht der Erwägung werth. In Sachsen sind jetzt tolle Zustände. Die Panik ist künstlich gemacht. Zwickauer Kohle ist nach Oesterreich ausgeführt und von dort wieder nach Chemnitz eingeführt worden. Auf dem nächsten Parteitag muß die Kohlenfrage einmal gründlich angeschnitten werden.

Richard Fischer-Berlin: Schöpflin schien dem „Vorwärts" aus seiner Vorsicht bei Erörterung der Verstaatlichung der Bergwerke einen Vorwurf machen zu wollen. Ich meine, der „Vorwärts" hatte guten Grund zur Vorsicht. Ich meine weiter, wir haben allen Grund, mit dem Hineinwerfen des Schlagworts der Verstaatlichung in Volksversammlungen sehr vorsichtig zu sein. Theoretisch ist die Sache ganz schön, aber praktisch liegen doch erhebliche Bedenken vor. Denken Sie doch an die Erfahrungen bei den preußischen Bergwerken im Saarrevier.

Sachse-Zwickau: Der Streik der sächsischen und böhmischen Bergleute ist nicht schuld an der Kohlentheuerung. Die Streiks sind verloren gegangen, die Arbeiter haben nichts erreicht. Nach dem Streik aber haben die Kohlenbarone die Preise wesentlich um 25 Proz. erhöht. Der Verdienst der Arbeiter ist mit erhöhter Arbeitszeit in Sachsen von 1895—98 um 12 Proz. gestiegen, die Dividenden sind aber um 180 Proz. gestiegen. Die Kohlentheuerung beruht auf einem Raubzug des Vereins für bergbauliche Interessen. Protestirt werden muß auch gegen die billigen Eisenbahntarife für die Ausfuhr der Kohlen. Der Verstaatlichung der Bergwerke stehe ich vorläufig ablehnend gegenüber. Ich bin ganz der Meinung Fischers. Gerade in den fiskalischen Gruben haben die Arbeiter die schlechtesten Erfahrungen gemacht. Die Agitation für Verstaatlichung können wir getrost dem Bündler Oertel überlassen. Ich rathe vorläufig von einer Verstaatlichung ab. Unser heutiger Staat bemächtigt sich nicht der Produktionsmittel, um eine gerechte Vertheilung der Güter zu bewirken, sondern er würde die Einnahmen nur verwenden für neue Forderungen des Militarismus und andere volksfeindliche Dinge. (Beifall.)

Frohme-Hamburg: Der Vorwurf, die Parteipresse habe sich mit der Kohlennoth nicht genug beschäftigt, ist gänzlich unverdient. Die Presse hat hier voll ihre Schuldigkeit gethan.

Schöpflin-Chemnitz stellt fest, daß er sich durchaus nicht für die Verstaatlichung der Bergwerke erklärt habe, er wolle die Frage nur einmal sachkundig erörtert wissen.

Düwell-Essen bestreitet, daß der Kohlengräberstreik die Ursache für die Kohlentheuerung ist. Die Kohlengräber haben dieselbe Menge Kohlen gefördert, wie im Vorjahre und noch 15 pCt. mehr Nebenprodukte produzirt. Dabei wird der Abbau immer schwieriger. Die Mehrarbeit ist größer geworden, die Löhne aber sind nicht gestiegen. Syndikat und Börse sind an der Theuerung schuld. Wenn jeder Konsument im Bestellen von Kohlen möglich sparsam wäre, die Kohlenpreise würden bald stark zurückgehen.

Frau Duncker-Leipzig: Die Kohlennoth bietet einen besonders guten Agitationsstoff. Bei den rückständigsten Elementen, auch bei den Hausfrauen, herrscht über den Kohlenwucher Empörung. Diese Empörung muß bei der Agitation ausgenutzt werden. Von einer Verstaatlichung räth die Rednerin ab.

Scheibe-Hartmannsdorf erklärt, daß er nicht gesagt habe, daß der Bergarbeiterstreik die Ursache der Kohlentheuerung sei, er habe nur gesagt, die Agenten der bürgerlichen Gesellschaft stellten diese ganz falsche Behauptung auf.

Die Resolution Scheibe wird hierauf angenommen.

Eichhorn-Mannheim befürwortet einen Antrag der Parteigenossen in Heidelberg zur Annahme: Der Parteivorstand wird ersucht, eine umfangreiche Agitation gegen eine etwaige Verschlechterung des Krankenversicherungsgesetzes einzuleiten.

Molkenbuhr-Hamburg: Die Fassung des vorliegenden Antrags ist nicht glücklich. Die neue Vorlage braucht nicht ohne Weiteres eine Verschlechterung des bestehenden Gesetzes darzustellen. Dieses ist auch so schlecht, daß es kaum verschlechtert werden kann. Die Regierung wird gar nicht umhin können, Verbesserungen zu beantragen. Viel besser wäre es, Material über jetzt bestehende Mängel zu sammeln, damit die Abgeordneten es verwerthen können. Eine Agitation muß dafür eingeleitet werden, daß das neue Gesetz den Ansprüchen der Arbeiter mehr entspricht als das bisherige.

Nachdem Eichhorn noch einmal dargethan hat, daß die Agitation sich nur gegen etwaige Verschlechterungen richten solle, wird der Antrag angenommen.

Ein Antrag, eine Kommission mit der Neuformulirung des Parteiprogramms zu beauftragen, findet nicht die genügende Unterstützung.

Der Parteitag beschäftigt sich noch mit der Frage, wo der nächstjährige Parteitag stattfinden soll. Einladungen liegen aus Lübeck, Dresden, Leipzig, Bremen, Magdeburg und Stettin vor.

Die Abstimmung soll bei der Hochfluth von Einladungen schriftlich und zwar dergestalt stattfinden, daß sie mit der Wahl der neuen Parteileitung verbunden wird.

Erdmann-Köln befürwortet einen Antrag, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags die Alkoholfrage zu setzen. Die Partei habe die Pflicht, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Es zeuge von Verständnißlosigkeit, wenn man sie mit Dingen wie Impfgegnerschaft, Naturheilkunde 2c. auf eine Stufe stelle.

Die Entscheidung über diesen Antrag wird vertagt.

Um 12½ Uhr tritt die Mittagspause ein.

Neueste Meldung.

An dem von der Fraktion vorgeschlagenen Organisationsstatut ist betreffs der Ausschlußbefugniß nur geändert, daß die Zahl der Schiedsrichter nicht festgelegt ist. Bezüglich der Frauenwünsche ist ein Ausgleich geschaffen. Der Parteivorstand soll um zwei Beisitzer vergrößert werden, die durch die Kontrollkommission gewählt werden sollen. Das so geänderte Organisationsstatut wird en bloc angenommen.

Zu der Landtagswahlfrage beantragte Bebel, wie wir der „Frkf. Ztg." entnehmen, folgende Resolution: „Der Parteitag wolle beschließen: in denjenigen deutschen Staaten, in welchen das Dreiklassenwahlsystem besteht, sind die Parteigenossen verpflichtet, bei den nächsten Wahlen in die Wahlagitation einzutreten, es sei denn, daß die lokalen Verhältnisse eine Wahlbetheiligung unmöglich machen. Inwieweit die Wahlbetheiligung in einem Wahlkreise unmöglich ist, darüber entscheiden die Parteigenossen des betreffenden Wahlkreises. Für die Landtagswahlen in Preußen bildet der Parteivorstand das Central-Wahlkomitee. Ohne dessen Zustimmung dürfen die Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen keinerlei Abmachungen mit bürgerlichen Parteien treffen."

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zu den gothaischen Landtagswahlen ist nach der „Frkf. Ztg." zu berichten, daß unsere Partei Zella eroberte, Ichtershausen verlor. Es sind ihr also bisher 7 Mandate zugefallen. Einige, darunter aussichtsvolle Kreise, stehen noch aus.

Bei der Stadtverordneten-Ersatzwahl in Spandau siegte in der dritten Klasse Genosse Radke mit 553 Stimmen über den Gegner, welcher 346 erhielt.

Die Kosten der China-Expedition sollen, wie der Berliner Korrespondent der „Münch. Neuest. Nachr." schreibt, nach einer in Umlauf gesetzten angeblichen Aeußerung des Kaisers auf **500 Millionen Mark** veranschlagt worden sein. Der Korrespondent meint, daß dies die Kosten der deutschen China-Expedition sein würden. — Nach Ansicht der „Freis. Ztg." werden die Gesammtkosten der verbündeten Mächte allerdings diese Summe erreichen. Die Kosten der deutschen Expedition sind verhältnißmäßig besonders hoch; neuerlich werden sie auf **150 Millionen Mark** veranschlagt.

Die erste Ausschußsitzung des Bundesraths nach den Sommerferien ist auf den 21. September anberaumt. — Ob man dort mit der Ausarbeitung der Vertheidigungsreden beginnen wird?

Das Schicksal der Kanalvorlage. Nach eingehender Darlegung und Würdigung der jetzigen politischen Sachlage kommt die „Frankf. Ztg." zu folgendem Ergebnisse: „Das Rezept, nach welchem verfahren werden soll, ist klar: Was die neue Kanalvorlage an Verbesserungen der Wasserwege der Oder, Havel, Warthe bringt, dazu vielleicht noch der eine oder andere selbstständige Kanal, wird angenommen, und der Mittellandkanal bleibt liegen. Das Rezept verspricht auch Erfolg, insoweit die Regierung dabei in Betracht kommt, denn sie hat sich in der verflossenen Session lebhaft gegen den Verdacht gewehrt, als wolle sie jene kleineren Ver-

kehrsverbesserungen untrennbar mit dem Mittellandkanal verquicken. Sie hat sich in Bezug darauf, was geschehen werde, wenn das eine oder andere kleinere Projekt angenommen, der Mittellandkanal aber abgelehnt werde, freie Hand vorbehalten, und wer wollte nach den bisherigen Erfahrungen es für möglich halten, daß es um eines Kanales willen diesmal zu einem Konflikt zwischen der Regierung und den Konservativen kommen werde?"

Der Majestätsbeleidigungsparagraph, der schon so manches Unheil angerichtet, hat sich aus den Reihen unserer Parteigenossen wieder ein Opfer geholt. Genosse Levy, der derzeitige verantwortliche Redakteur der Thüringer „Tribüne", der sich am 18. September wegen Majestätsbeleidigung vor der Strafkammer in Erfurt zu verantworten hatte, wurde zu **einem Jahr Gefängniß** verurtheilt und sofort in Haft genommen. Das Blatt hatte Bemerkungen des „Süddeutschen Postillon" abgedruckt, die in München nicht einmal unter Anklage gestellt waren.

Zum Reichspump in Amerika bemerkt die „Freis. Ztg.", daß es Pflicht der Regierung sei, die gesammte Reichsfinanzlage öffentlich klarzustellen und anzugeben, ob auf die 80 Millionen wieder eine neue Reichsanleihe folgen müsse. Für 1901 komme nämlich ein neuer Anleihebedarf bis zu 100 Millionen in Frage. „Wir befinden uns eben, schreibt das Blatt, in der Verschuldung des Reichs auf einem durchaus abschüssigen Wege. Seit dem Tode Kaiser Wilhelms I. im Jahre 1888 haben sich die Reichsschulden verdreifacht, sind um $1\frac{1}{2}$ Milliarden angewachsen und werden einschließlich der neuen Anleihe jetzt schon den Betrag von **$2\frac{1}{2}$ Milliarden** überschritten haben." — Aus Newyork telegraphirt das Bureau Hirsch: „Der Prospekt der deutschen Anleihe ist erschienen. Der Subskriptionspreis ist auf pari festgesetzt. (!)" Die Anleihe soll bereits überzeichnet sein. Begreiflich! Von dem fetten Happen möchte jeder spekulative Yankee etwas abhaben!

Neue Kolonialgreuel. Nach der „Deutschen Tageszeitung" ist der Hauptmann v. Besser, der vor einem Jahr auf einer Strafexpedition gegen die Ekkoi verwundet worden war, infolge der Klagen mehrerer Offiziere sofort von seiner Stellung abberufen worden. Nach der Stuttgarter „Deutschen Reichspost" soll sich die Strafexpedition unerhörte Grausamkeiten haben zu Schulden kommen lassen. Nicht nur seien die Träger der Expedition mehrfach grausam getödtet worden, sondern auch den Eingeborenen des passirten Landstrichs sei eine barbarische Behandlung zu theil geworden.

„Die Städte, schreibt der Gewährsmann des Blatts, „durch welche diese Soldaten der deutschen Schutztruppe gezogen sind, stehen bis hinauf nach Kilinrindi fast ganz leer. Die Leute stehen in beständiger Furcht, es kämen neue Truppen nach, und leben deshalb zerstreut in den Wäldern. Wir kamen letzte Woche durch einige dieser Städte: Komba, Mambanda, Mukonye. Die Straßen waren fast ganz menschenleer. Auch aller Handel liegt darnieder, wie ich sah und von den Faktoristen im Balondoland umher persönlich erfahren habe."

Hoffentlich dringt über diese neue Leistiade bald Näheres an die Oeffentlichkeit.

Der Konsistorialrath Dr. Franck hatte in einer sozialdemokratischen Versammlung in Danzig einen Vortrag über Christenthum und Sozialdemokratie gehalten und war zu dem Schluß gekommen, daß ein gläubiger Christ Sozialdemokrat sein könne, ebenso gut, wie ein Sozialdemokrat Christ. Dagegen war das fromme Berliner Pastorenblatt „Der Reichsbote" gewaltig zu Felde gezogen und hatte ihm vorgeworfen, die Gewissen zu verwirren.

Nun sendet der Herr Franck dem „Reichsboten" folgende Erklärung:

„Kann ein Christ Sozialdemokrat sein? Ueber dieses Thema bin ich von den Führern der hiesigen sozialdemokratischen Gruppe gebeten worden, ihnen einen Vortrag zu halten. Man wünschte also ein Gutachten von mir, ob die Bestrebungen der Sozialdemokratie dem Christenthum widerstritten oder nicht. Eine solche Bitte durfte ich als Geistlicher nicht ablehnen. Ich würde sie gegebenenfalls auch den Angehörigen jeder anderen Partei gewährt haben.

Für ein solches Gutachten bedurfte es aber nicht einer Erörterung der unter den Sozialdemokraten herrschenden religiösen Anschauungen, auch nicht einer Darlegung des Wesens des Christenthums. Denn, daß die naturalistische Weltanschauung unter den Sozialdemokraten, eben wie auch in anderen Parteien, weit verbreitet ist, bildet kein Hinderniß für den Christen, Sozialdemokrat zu werden, da bekanntlich diese Anschauung in das sozialdemokratische Partei-Programm nicht aufgenommen ist. Es bedurfte für mein Thema nur des Nachweises, daß die Bestrebungen der Sozialdemokratie, also ihre volkswirthschaftlichen Grundsätze, dem Christenthum nicht widersprächen. Diesen Beweis habe ich geführt durch kurze Zusammenstellung der sozialen Gebote Jesu und der Apostel. Daraus ergab sich von selbst die Antwort: Ein Christ kann sehr wohl Sozialdemokrat sein!

„Was ist in den Mann gefahren?" ruft da der „Reichsbote" aus. Aber hätte der Herr Verfasser des Artikels, anstatt eine Predigt von mir über einen Spruch, den ich im Vortrage gar nicht berührt habe, herauszuziehen, sich die Mühe genommen, nur einen flüchtigen Blick in die sozialen Zeitpredigten zu werfen, die ich unter dem Titel „Friede auf Erden" 1888 herausgegeben habe, dann hätte er gefunden, daß ich schon vor zwölf Jahren auf Grund der Worte Jesu dieselben Gedanken ausgesprochen habe, wie im Vortrage. Mit der Verkündigung dieser Gottesgedanken aus Jesu Munde „verwirre" ich nicht die Gewissen. Aber alle die, welche in ihrer Schriftauslegung und öffentlichen Verkündigung stets das verschweigen, was den Reichen und Mächtigen mißfällt, die der ihnen verhaßten Partei Bestrebungen unterschieben, die sie nicht hat, ja die verwirren die Gewissen.

D. Franck, Konsistorialrath a. D."

Der „Reichsbote" ist von der Antwort nicht überzeugt. Und seine neuen Angriffe gegen den westpreußischen Konsistorialrath zeigen, wie gänzlich verständnißlos das Berliner Pastorenblatt der mächtigsten Kulturbewegung der Neuzeit gegenübersteht. Es heißt da:

Die Gewissen verwirrt der, welcher, ohne das Wesen der Sozialdemokratie selbst darzulegen, bloß ein paar biblische Aeußerungen über Liebe resp. Herzlosigkeit zusammenstellt, und weil die Sozialdemokratie allen Besitz und alles Eigenthum bekämpft und Haß gegen die Reichen predigt, unter Hinweis auf jene Bibelworte, obgleich sie das Eigenthum bestehen lassen, behauptet, daß ein Christ auch Sozialdemokrat sein kann, als habe auch Christus Haß gegen die Reichen gepredigt.

Der „Reichsbote" glaubt also, als den Inbegriff des sozialdemokratischen Gedankensystems den „Haß gegen die Reichen" ansehen zu dürfen, — einen Haß, den die Sozialdemokratie gar nicht kennt. Die Sozialdemokratie predigt — soweit sie nicht nur thatsächlich vor sich gehende ökonomische Entwickelungen konstatirt — gleiches Recht für alle, aber keinen Haß gegen die Reichen.

Kleine politische Nachrichten. Die Schutzzöllner rühren sich wieder mächtig. Auf Butter verlangen sie nicht weniger als den doppelten Zoll. Die nordwestdeutschen Ziegelbrenner wünschen 50 Pfg. Zoll auf 100 Kilogramm Ziegelsteine, das macht pro ausländischen Mauerstein 2 Pfg. aus! Utverschamt lett nich god, fött awer god! — In Dar-es-Salaam haben der Oberrichter Ebermayer und der Apotheker Wilms sich duellirt. Untersuchung soll eingeleitet sein. — Der Konsumverein in Glauchau (Sachsen) ist mit 124 Mk. zur Kirchensteuer herangezogen worden. Es ist nicht recht verständlich, wie man die Mitgliedschafts des Konsumvereins in einer Kirchengemeinde begründen will. Kann der Verein auch aus der Kirche austreten? — Der antisemitische Reichstagsabgeordnete Gaebel theilt der „Staatsbürgerztg." mit, daß die Nachricht der „Deutschen Tageszeitung", er sei aus der deutschsozialen Reformpartei aus- und der deutschsozialen Partei beigetreten, nicht zutrifft. — Wieder ein neues Gewehr? Wie die „Staatsb.-Ztg." schreibt, ist in militärischen Kreisen seit einiger Zeit die Ansicht verbreitet, daß der modernen Kriegsführung auch das neuverbesserte Infanteriegewehr nicht genüge und daß an eine Neuerung gedacht werde. Es ist Thatsache, schreibt die „Freisinnige Ztg.", daß in den verschiedenen militär-technischen Anstalten Versuche mit kleineren Gewehrkalibern vorgenommen werden. Allerdings soll bisher keins derselben derart befriedigt haben, daß es für „einführbar" erkannt worden wäre. — Die Aushebung für Heer und Marine hat im Jahre 1899 226 975 Mann umfaßt. Im Vorjahre wurden nur 221 665 Mann ausgehoben, also 6000 Mann weniger. Die verstärkte Aushebung hängt mit der Erhöhung der Friedenspräsenzstärke zusammen. Freiwillig eingetreten sind 24 488 Militärpflichtige gegen 23 309 im Vorjahre. Freiwillig vor Beginn des militärpflichtigen Alters sind eingetreten 22 669 Mann gegen 22 933 im Vorjahr. — Die Einberufung einer Anti-Anarchistenkonferenz durch die deutsche Regierung verlangt die Stummsche Post. Sie rechnet auf eine Einigung unter den Mächten mit Ausnahme von England. Wäre eine Anti-Hunnenkonferenz nicht besser? — Der Leipzig-Berlin-Stuttgarter Buchbinder-Streik und der Streik der Arbeiter der Mainzer Lederwerke sind, ersterer durch Vermittlung des Buchdrucker-Tarifamtes, letzterer durch Vermittlung des Provinzialdirektors, beigelegt worden. In beiden Fällen wurden die Forderungen der Arbeiter theilweise bewilligt. Bekanntlich wurden beide Bewegungen von anderer Seite auf das politische Gebiet hinübergespielt. — Die französische Regierung hat auf Grund des seinerzeit erlassenen Anarchistengesetzes die Abhaltung des internationalen revolutionären Arbeiterkongresses untersagt. (Es handelt sich um den Anarchistenkongreß. D. R.) — Milan, Exkönig, und Natalie, Exkönigin von Serbien, wollen sich angeblich wieder versöhnen. Pack u. s. w. Die „Attentäter" Milans sollen begnadigt werden. Knezevic hat s. Zt. angeblich im Auftrage eines russischen in Bukarest wohnenden Geheimagenten gehandelt. Rubel auf Reisen? Bei der Nationalbank sollen von der früheren Regierung 22 Millionen Francs unrechtmäßig verausgabt sein. Davon soll Ehren-Milan 10 Millionen erhalten, außerdem soll er die Kriegskasse angegriffen haben. Wohl glaublich!

Transvaal.

Vom Kriegsschauplatze. Es liegen nur wenig klare Meldungen vor. „Daily Telegraph" meldet aus Lourenzo Marques vom 18. September: Zwischen Kaapmuiden und Hektorispruit hat eine regelrechte Schlacht stattgefunden. Der Verlust der Buren ist schwer. Lourenzo Marques ist überlaufen von Buren. Die holländische Ambulanz traf von Komatipoort hier ein und kehrt nach Europa zurück. An der Grenze wurde ein Portugiese von Plänklern der Buren getödtet. Eine portugiesische Batterie ist gestern an die Grenze abgegangen, wurde jedoch bei Kilometer 73 von Kaffern überrumpelt. Das Gefecht mit denselben dauert noch an. — General Pole Carew nahm Kaapmuiden ein und ergriff von 56 Lokomotiven und einem großen rollenden Material Besitz. — Lord Roberts telegraphirt aus Nelspruit vom 18. September: Stephenson's Brigade besetzte gestern diesen Ort, ohne auf Widerstand zu stoßen. — In Lourenzo Marques traf ein Ambulanzzug mit 20 Verwundeten, darunter 4 Engländern, ein. Die Verwundeten haben an den letzten Gefechten in der Umgegend von Kumassipoort theilgenommen.

Präsident Krüger nahm das Anerbieten der niederländischen Regierung an, ihn auf einem Kriegsschiffe nach Holland zu bringen. Dr. Leyds kehrt Ende dieser Woche nach Brüssel zurück und wird den Präsidenten Krüger nach seiner Ankunft daselbst auf seiner Reise nach den verschiedenen Höfen Europas begleiten.

China.

Der Chinawirrwarr. Vom Kriegsschauplatze liegen neue Meldungen überhaupt nicht vor.

Waldersee soll in Singapore die Einladung zum Lunch seitens der deutschen Kolonie abgelehnt haben, da er nicht aufzufallen wünsche. (Na! Na! Na!) Dagegen ist er von dem herzlichen Empfang der Bevölkerung von Hongkong „sehr gerührt" gewesen.

Zwischen dem amerikanischen Gesandten Conger und dem amerikanischen General Chaffee soll eine ernste Differenz bestehen. Chaffee verlangt die Zurückziehung, da alle militärischen Aufgaben erfüllt seien; Conger erklärt, die Truppen seien zum Schutze der Gesandtschaft und der eingeborenen Christen nothwendig.

Das Rundschreiben Bülows hat anscheinend überall Zustimmung gefunden, was bei dem überaus harmlosen und nichtssagenden Inhalte desselben begreiflich. England, Oesterreich, Italien sollen bereits bejahend geantwortet haben. Aus Paris heißt es: Falls Deutschland auch die Absetzung der Kaiserin-Regentin von China als Genugthuung verlangen sollte, würde sich, wie verlautet, keine Macht, auch Rußland nicht, dieser Forderung widersetzen.

Die „Daily News" melden aus Schanghai: Ich erfahre aus offizieller Quelle, daß Li-Hung-Tschang kurz vor seiner Abreise eine Note Lord Salisburys erhielt, worin dieser in scharfen Ausdrücken den Vizekönig benachrichtigt, daß die Rückkehr des Kaisers nach Peking eine conditio sine qua non (die Hauptbedingung) für den Beginn der Friedensunterhandlungen sei.

Die Wiener „Neue Freie Presse" meint, und wohl nicht mit Unrecht, es frage sich, ob die ostentativ zur Schau getragene chinesische Freundlichkeit der Russen und Nordamerikaner nicht auch diesmal die Durchführung der deutschen Anregung erschweren werde. Rußland geht seine eigenen Wege unbekümmert um die deutschen Hunnen nach altem Kosakenbrauch — das war längst klar.

Dem „Daily Expreß" wird aus Hongkong folgende schnurrige Geschichte telegraphirt: „Ein kaiserliches Edikt wurde in Umlauf gesetzt, welches mittheilte, daß die Verbündeten, nachdem sie vollständig geschlagen worden seien, den chinesischen Kaiser ehrerbietigst um Frieden gebeten hätten." Da hat sich wohl Jemand einen schlechten Scherz erlaubt.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 20. September.

Werftarbeiter aller Branchen, gelernte und ungelernte, meidet Hamburg bis auf Weiteres streng! Trutz den übermüthigen Scharfmachern!

Die Versammlung der Bürgerschaft, welche am Montag stattfand, und über die zu berichten uns bisher sowohl des großen Parteitagsberichts, als auch der umfangreichen Nachrichten aus China und Transvaal halber nicht möglich war, erledigte ohne Diskussion die Anträge auf Ausgleichung der Baurechnung für das verflossene Rechnungsjahr, auf Herstellung eines Bohlwerks zwischen der Zollabfertigungsstelle unterhalb der Hafenstraße und dem Kohlenplatze von Bernhöft u. Wilde, auf Aenderung der Beamtenverhältnisse in der Senatskanzlei, auf Erlaß eines Gesetzes betr. den Gewerbebetrieb der Lotteriekollekteur und Zulassung von auswärtigen Lotterien und Ausspielungen. — Ueber die Eingabe der Bauarbeiterschutzkommission und ihr vorläufiges Schicksal berichteten wir bereits. — Auch der Antrag auf Um- und Erweiterungsbauten im Schlachthause und Verbesserung der dortigen Beleuchtung, den Schlachtermeister Fust durch die Verkehrssteigerung, hauptsächlich in den Abtheilungen für Schweine, motivirte, sowie der Antrag auf Anweisung von 11 590,75 Mk. an den Kaufmann Ed. Jappe auf Grund reichsgerichtlichen Erkenntnisses und Ermächtigung des Senates für ähnliche Fälle, bei dem Herr Pape seinem Mißtrauen Ausdruck verlieh, als neige der Senat zum Klagen, sowie der Antrag auf Erwerb des des Grundstückes Parade 1, bei dem Herr Scharff eine schwungvolle Rede auf die Hallenschwimmbadbestrebungen hielt, wurden erledigt, ebenso der Antrag auf Umlegung der Siele in der Pelzer-, Blücher- und Dorotheenstraße. Hier klagte Herr Schmidt über die schlechte Beschaffenheit des Trottoirs der westlichen Hüxterthor-Allee und der verlängerte Bismarckstraße. Er ward durch Senator Dr. Eschenburg vertröstet. — Das Warmbadehaus für die Travemünde besuchende haute volée fand selbstverständlich Gnade vor den Augen der Volksvertreter. Herr Pape widersprach. Er wies darauf hin, daß Travemünde weit nöthiger ein gutes Pflaster gebrauche, daß die gierige Bahn den billigen Badezug wieder habe eingehen lassen, daß durch die Anlegung der Promenade den Arbeitern der Verdienst genommen, sie dem Verhungern nahegebracht — alles umsonst. Wenn nur die Wohlhabenden in Neutravemünde ein luxuriöses, komfortables Badehaus haben, das genügt, mag das in Alttravemünde wohnende Arbeitervolk sehen, wie es sich vor dem Bettel schützt. Wir glauben, daß nachgerade die Annahme jedes Antrages gesichert sein wird, sobald Herr Pape gegen ihn spricht. Unsere Besitzenden merken in ihrer Kurzsichtigkeit nicht, wie sie Tag für Tag die Menge des Grolls und der Entrüstung in den zurückgesetzten Massen mehren, wie sie der Sozialdemokratie die Arbeit leicht machen. Diese braucht schließlich nur noch gewisse Thatsachen aufmarschiren zu lassen — Kritik überflüssig! So liegen heute schon die Dinge. — Den Schluß der Sitzung bildeten endlose, zum Theil erregte Debatten über die unglückseligen Wassermesser. Die Kommission, die zur Prüfung der kniffflichen Lieblingsidee des Herrn Hase eingesetzt ist — gottlose Spötter nennen sie die „Engelmacherin" — wünscht, einige von den gepriesenen Dingern probeweise aufzustellen. Hase hält das für unzweckmäßig, und so handelte es sich nun darum, ob die Kosten dem Bürgerschaftskonto aufgebürdet werden sollen. Der freiwillige Staatssekretär des Herrn Hase, Professor Dr. Baethcke, hielt eine gewaltige Philippika gegen die Kommission, die von dem kostbaren Artikel „Zeit" so entsetzlich viel auf Lager habe. (Fast ebensoviel, wie er, wenn's an's Schwadroniren geht.) Den Arbeitern stellte er das Zeugniß, daß sie an möglichst hohem Wasserkonsum ein Interesse hätten. Das freut uns; hoffentlich erhält sich dieses Interesse und wird nicht durch das Wassermesserexperiment beeinträchtigt. Dem Draufgänger erwiderte Dr. Ad. Brehmer, daß, falls der Kommission die geforderten Mittel versagt würden, die Bürgerschaft eben die Wessermesser ablehnen würde, da es ihr an der Urtheilsmöglichkeit fehle. Ihm sekundirte Schwartzkopf, während Dr. Baethcke abermals und, allerdings in etwas conciliantererer Form, Herr Brecht sich gegen die Kommission und ihre Arbeitsmethode wandten. Sehr scharf sprach auch Senator Dr. Behn, der sich als warmer Anhänger der Messeridee bekannte. Ihm erwiderte Dr. Brehmer, welcher Herrn Schorer, den abwesenden Obmann der Kommission in Schutz nahm. Es sprachen dann noch verschiedene Herren, ohne Neues zu bringen. Schließlich wurden die Kosten auf die Bürgerschaft übernommen. Nun kann also die Kommission drauf losprüfen. — Die Irrenhausfrage, welche noch kurz besprochen wurde, haben wir in einem besonderen Artikel gründlich

behandelt, den wir, sobald der Raum es gestattet, zum Abdruck bringen werden.

Alle Ladeninhaber werden durch die am 1. Oktober 1900 in Kraft tretende Novelle zur Gewerbeordnung berührt, gleichviel ob sie Personal beschäftigen oder selbst im Laden thätig sind. Das neue Gesetz regelt den einheitlichen Ladenschluß und schreibt vor, wie der Achtuhrladenschluß von den Geschäftsinhabern selbst eingeführt werden kann. Aus diesem Grunde ist die Kenntniß des Gesetzes eine absolute Nothwendigkeit. Bei der Neuheit der Frage ist es zu begrüßen, daß ein Fachmann den Gesetzestext verständlich erläutert in einem Schriftchen niedergelegt hat. Das Schriftchen „Der Neunuhrladenschluß" betitelt, ist bereits in dritter Auflage erschienen und zum Preise von 33 Pfennige, einschließlich Porto, durch den Verlag von Rich. Lipinski, Leipzig, Reudnitzerstraße 11, sowie durch alle Buchhandlungen zu beziehen. Die Anschaffung des Werkchens, das zugleich eine geschichtliche Uebersicht über die Ladenschlußbewegung giebt, kann nur dringend empfohlen werden.

Für Geschäftsleute. Das Polizeiamt giebt bekannt: „Es hat sich in letzter Zeit bei den aichamtlichen Revisionen mehrfach ergeben, daß von Gewerbetreibenden in ihren Verkaufslokalen gebrauchte Waagen in Folge vorgenommener Reparaturarbeiten den gesetzlichen Anforderungen nicht mehr entsprechen und in Folge dessen konfiszirt werden mußten. Es empfiehlt sich daher, um derartige Konfiskationen zu vermeiden, reparirte Waagen, bevor sie wieder in Gebrauch genommen werden, dem Aichamt zur Nachprüfung vorzulegen. Waagen, an denen eine Korrektion der Schneiden vorgenommen ist, müssen, bevor sie wieder in Gebrauch genommen werden, einer Neuaichung unterzogen sein."

Der „Reichsanzeiger" schreibt: Anverwandte der bereits nach China gesandten oder auf dem Wege dorthin befindlichen Truppen des ostasiatischen Expeditionskorps, welche über den Verbleib ihrer Angehörigen unterrichtet zu sein wünschen, haben etwaige Anfragen an das Kriegsministerium für die ostasiatische Abtheilung, Berlin W., Leipzigerstraße 5, zu richten. Anfragen über Angehörige der bei der Marine befindlichen Personen können vom Kriegsministerium nicht beantwortet werden.

Der Reichsverein will in diesem Winter ein besonders reges Leben entfalten. — Das hat er noch jeden Winter gewollt, geworden ist nie etwas draus.

Verbrechen? In Mecklenburger Zeitungen lesen wir folgende uns bisher nicht zu Ohren gekommene Nachricht aus Schönberg: Ein Geschäftsmann aus Schlutup, der kürzlich von einem Bauern in Schwanbeck Schafe kaufen wollte, ist verdächtigt worden, an einem Dienstmädchen ein Verbrechen verübt zu haben. Eine Untersuchung ist eingeleitet, und der Thäter wurde in Haft genommen. Das Mädchen sollte dem Manne die Schafe auf dem Felde zeigen.

= **Arbeiterrisiko.** Auf der Koch'schen Werft verlor gestern kurz vor Feierabend der Tischler Sterenbuhr das erste Glied des Zeige- und Mittelfingers der rechten Hand an der Abrichtmaschine. Leider konnte erst sehr spät ein Arzt gefunden werden.

= **Erhängt** hat sich gestern Abend ein in der Heinrichstraße wohnender Arbeiter. Gründe unbekannt.

Die Bugsirlöhne sind seitens der Handelskammer derartig erhöht, daß jetzt das Schleppen von Schiffen von See nach Lübeck statt 15 Pfg. — 18 Pfg., von Lübeck nach Travemünde statt 5 Pfg. — 6 Pfg. und von See nach Travemünde statt 4 Pfg. — 5 Pfg. pro cbm. kostet.

Schrittfahren aller Lastwagen in der inneren Stadt fordert das Amtsblatt. Davon würden die Fuhrwerksbesitzer wenig erbaut sein, den Kutschern könnte es schon passen, deren Risiko würde bedeutend geringer.

Wegen Konkursvergehens — Begünstigung von Gläubigern — wurde der Zimmermeister P. zu drei Wochen Gefängniß verurtheilt.

In das Handelsregister ist am 19. September eingetragen: die Firma C. Beerkart in Lübeck und als deren Inhaber: der Kaufmann Joachim Hans Heinrich Voß.

* **Stockeldorf.** Zum stellvertretenden Standesbeamten ist Gemeinderechnungsführer Klein bestellt worden.

Ahrensböck. In ein lustiges Dilemma sind die hiesigen Agrarier gerathen. Natürlich sind sie vollwichtige Hasser des Oeltalgs, den das arme Volk in Stadt und Land unter dem poetischen Namen Margarine vertilgt. Nun geht man aber mit dem Gedanken um, hier am Orte eine Fabrik herzustellen, die dieses nichtswürdige Zeug produzirt, und der Konflikt, wie er humoristischer kaum gedacht werden kann, ist da. Wohl wurden, so heißt es in dem Berichte über eine landwirthschaftliche Versammlung, die dieserhalb stattfand, Stimmen laut, welche es als moralisch unrichtig hinstellten, ein solches Projekt, das doch der Landwirthschaft schädigend gegenüberstehe, zu unterstützen, aber man mußte wiederum auch zugeben, daß durch Errichtung einer solchen Fabrik, welche täglich 10 000 Liter Milch verbraucht, für die pro Liter 11 Pfg. bezahlt werden soll, die Milchpreise in unserer Gegend erheblich steigen würden, und weiter mußte man zugeben, daß die Fabrik doch gebaut würde, wenn nicht hier, dann anderswo. Im letzten Satze: „Thun nicht wir's, dann thun es andere" liegt schon die über moralische Bedenken hinwegschreitende Lösung dieses ergötzlichen Zwiespalts.

Hamburg. Der Senat wählte gestern Dr. Hachmann zum Ersten Bürgermeister und Dr. Mönckeberg zum Zweiten Bürgermeister für den Rest des Jahres 1900.

Hamburg. Im Jahresbericht der Gewerbe-Inspektion für 1899 urtheilt Gewerberath Gieseke folgendermaßen über die Arbeiterorganisationen: „Die Arbeiterorganisationen sind in stetigem Zunehmen begriffen und erstrecken sich scheinbar auf immer weitere Kreise. Die Arbeiterbewegungen werden dadurch nicht ungünstig beeinflußt; jedenfalls kann mancher Ausstand durch die Organisationen vermieden werden, weil es möglich wird, auf dem Wege der Unterhandlungen zwischen den organisirten Arbeitern und den Unternehmern manche Wünsche innerhalb der praktisch erreichbaren Grenzen zu erfüllen, ohne daß Haß und Erbitterung zurückbleiben, wie dies sowohl nach ergebnißlosen wie erfolgreich verlaufenen Strikes zuweilen der Fall gewesen ist." Anderswo urtheilen Gewerbeinspektoren nicht so objektiv!

Hamburg. Ein sonderbares Urtheil fällte das Landgericht. Die Hamburger Bäcker hatten über ein Geschäft die Sperre verhängt, weil der Meister in einem Punkt die den Gesellen beim Streik zugestandenen Bedingungen zurückzog. Die Bäckerorganisation ließ nun jede Woche vor dem Geschäft des Bäckermeisters Circulare vertheilen, die das Publikum darauf aufmerksam machten, daß über das Geschäft die Sperre verhängt ist. Hiergegen klagte der Bäckermeister und forderte auf Grund § 824 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Einstellung einer unerlaubten Handlung. Die Strafkammer gab dem Antrage statt und drohte im Wiederholungsfalle eine Strafe von 100 Mk. an. Gegen das Urtheil wird Berufung eingelegt werden. — Einkommenverhältnisse. In den letzten 4 Jahren ist das Gesammteinkommen der Hamburger Steuerpflichtigen um durchschnittlich 5 pCt. jährlich gestiegen, während die Bevölkerung nur um 2,2 pCt. zugenommen hat. Ueber 50 000 Mk. Einkommen haben 868, über 100 000 Mk. 299 Personen. Unter den Höchstbesteuerten befinden sich verhältnißmäßig viele, die ihr Einkommen nicht richtig deklarirt haben. (Das kennt man auch anderswo. R. d. L. V.)

Hamburg. Zur Aussperrung der Werftarbeiter. Gestern Nachmittag fand im „Patriotischen Gebäude" die Verhandlung zwischen den Vertretern des Verbandes der Eisen-Industrie, Gruppe Schiffswerften, und denen der ausgesperrten Werftarbeiter statt, in welcher Folgendes protokollarisch niedergelegt wurde: „In der heutigen Besprechung der Gruppe Schiffswerften des Verbandes der Eisen-Industrie mit der Kommission der streikenden Arbeiter erklären die Arbeitgeber, daß es ihnen nicht möglich (?) ist, Lohnerhöhungen oder sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen bewilligen zu können. Dagegen erklären sich diese bereit, die streikenden Arbeiter zu den alten Bedingungen wieder einzustellen. „Falls die Arbeiter in ihren morgigen Versammlungen beschließen, die Arbeit wieder aufzunehmen, so sollen die Wiedereinstellungen direkt bei den Werften am Sonnabend, 22. ds. M., beginnen und in längstens einer Woche zu Ende geführt werden; nach Schluß dieser Woche findet die Einstellung von Arbeitern nach wie vor durch den Arbeitsnachweis, Kraienkamp 44, statt. „Die Arbeitgeber versprechen, keine Maßregelungen vorzunehmen; sie beabsichtigen, ihre alte Leute, einige Ausnahmen vorbehalten, sämmtlich wieder einzustellen, selbstverständlich, soweit es die vorliegenden Arbeiten gestatten. „Die Arbeiter versprechen, dafür sorgen zu wollen, daß bei Wiederaufnahme der Arbeit kein Gewerk mit der Aufnahme der Arbeit zurückbleiben wird. „Die Arbeitgeber versprechen, darauf hinzuwirken, daß den Arbeitern die Akkordpreise sofort bei der Uebertragung der Arbeit oder doch möglichst bald darauf mitgetheilt werden, und daß auch bezüglich der Lohnberechnungen den Wünschen der Arbeiter möglichst entsprochen werden soll, ebenso wie ihren Wünschen bezüglich der Einrichtung von Wärmeeinrichtungen für die Speisen der Arbeiter. „Die Arbeitgeber beabsichtigen, für die Schiffszimmerleute einen Arbeitsnachweis auf Steinwärder vom 1. Oktober d. J. ab einzurichten, und sie sind bereit, etwaige Wünsche der Schiffszimmerleute zu hören und nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

H. Blohm. A. Junge. F. Menk. O. Schulz."

Heute nehmen die ausgesperrten Werftarbeiter hierzu Stellung.

Schwerin. Getödtet wurde am Dienstag Morgen auf dem hiesigen Bahnhofe der Stationsarbeiter Rieckhoff, indem er beim Rangiren zwischen die Puffer von zwei Güterwagen gerieth.

Briefkasten.

F. W. Eutin. Auskunft kann Euch der Vorsitzende des Hamburger Sängerbundes, Genosse F. Hösch, Hufnerstraße 53, ertheilen. Laßt es doch durch Hüttmann vermitteln.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei ebent. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Unserm Kollegen **Eduard Kryziwinki** zu seinem Wiegenfeste ein brausendes Hoch.
Wilh. Joh. Heinr.

Logis für einen jungen Mann
Glockengießerstraße 16.

Empfehlungs-Karten
auf weißem Carton mit 72 verschiedenen Städtebildern auf der Rückseite
liefert prompt und sauber
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Die Broschüre:
Wie ein Pfarrer Socialdemokrat wurde!
Eine Rede von
Paul Göhre, Pfarrer a. D.
Preis 10 Pfg.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Liebknecht's Fremdwörterbuch
in 13 Lieferungen à 20 Pfg.
Geb. 3,90 Mk.
Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.

Obst.
Kochbirnen Pfd. 5 Pf. an, 10 Pfd. 40 Pf., beurre de gris Pfd. 10 Pf., 3 Pfd. 20 Pf., gute Tafelbirnen Pfd. 8, 10 und 12 Pf., bei 10 Pfd. billiger, Kochäpfel Pfd. 5 Pfg. an, 10 Lt. 40 Pf., Gravensteiner und Zitronäpfel von Pfd. 7, 12 bis 15 Pfg., Pflaumen Pfd. 5 Pf., 10 Pfd. 40 Pf., Kürbisse, Gurken.
Kronsbeeren.
Magnum bonum u. Eierkartoffeln
empfiehlt die Obst- u. Gemüsehandlung
L. Jacobsen,
Meierstraße 26—26a.

Weltpolitik
Chinawirren
Transvaalkrieg
Eine Rede von
Wilhelm Liebknecht
gehalten zu Dresden im „Trianon" am 28. Juli 1900.
24 Seiten Octav. Preis 15 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

H. Prüssmann & Sohn
Inh.: Martin Prüssmann
23 Marlesgrube 23
empfehlen ihr großes Lager von den einfachsten bis zu den elegantesten gut gearbeiteter
Mobilien und Polsterwaaren.
Auf Wunsch auch auf Abzahlung.

Lübecker Besohl-Anstalt
3 Große Burgstraße 3.
Herren-Sohlen Mk. 1,50
Damen-Sohlen „ 1,10
Herren-Absätze 50—60 Pfg.
Damen-Absätze 40—50 „
Kindersohlen mit Absätze je nach Größe von 80 Pfg. an.
Nur Kernleder. Nur Handarbeit.
Große Auswahl
in sämmtlichen Schuhwaaren.
Kinderschuhe von 50 Pfg. an.
Damenschuhe von 1,80 an.
Herrenschuhe von 2,80 an.
Inh. **Aug. Berg.**

Reparaturen an Schuhwaaren
liefert preiswürdig
J. Schramm, Schuhmacher
Krausestrasse 12.
Herren Sohlen mit Absatz von Mk. 1,90—2,70
Damen-Sohlen mit Absatz von Mk. 1,40—1,80
Kinder-Sohlen mit Abs. nach Größe von 80 Pf. an.

Achtung Bauarbeiter!
Mitglieder-Versammlung
am Freitag den 21. September
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50.
Tages-Ordnung:
1. Wahl des 1. Bevollmächtigten.
2. Unsere nächstjährige Lohnforderung.
3. Kartellbericht.
4. Vereinsangelegenheiten.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Circus Variété.
Sensationeller Erfolg aller Künstler!
Räthsel-haft sind die Darbietungen des Wunderkindes
Trudy Briegady
Anfang des Concerts 7½ Uhr.
Billets im Vorverkauf bis 6 Uhr ermäßigt.
Jeder Spielplan verbleibt nur 15 Tage.

Verantwortlicher Redakteur: August Loich. — Verleger: Theod. Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtlich in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 220. Freitag, den 21. September 1900. 7. Jahrgang.

Konferenz der sozialdemokr. Frauen Deutschlands.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote".)

g Mainz, 15. Septbr. 1900.

Erster Verhandlungstag.

(Fortsetzung).

Der Antrag Zetkin: „In jeder größeren Stadt und in jedem größeren Industriezentrum haben die Genossinnen nach vorausgegangener Verständigung mit den Genossen eine Vertrauensperson zu wählen, welche am Ort die Agitation unter dem weiblichen Proletariat planmäßig leitet. — „Die Genossinnen der größeren Zentren haben durch ihre Vertrauensperson die Agitation unter dem weiblichen Proletariat des umliegenden Bezirkes anzuregen und weiter zu führen, so lange daselbst noch keine weiblichen Kräfte herangezogen und geschult sind, welche selbstständig den betreffenden Aufgaben genügen können. In Orten des Bezirks, wo solche Kräfte vorhanden sind, haben die Genossinnen der größeren Zentren dafür einzutreten, daß eigene Vertrauenspersonen aufgestellt werden," wird einstimmig angenommen, ebenso weitere Einzelbestimmungen.

Streitig ist nur der folgende Punkt: „Die Vertrauenspersonen der Genossinnen sind überall, wo die Vereinsgesetze es nicht hindern, von den Organen der allgemeinen Bewegung zu allen Arbeiten und Sitzungen als gleichberechtigte Mitarbeiterinnen heranzuziehen." Dieser Zusatz wird mit zehn gegen acht Stimmen angenommen.

Die Konferenz geht zum zweiten Punkt der Tagesordnung „Allgemeine Agitation" über.

Ein Antrag von Lily Braun-Berlin, der die Vertheilung von Flugblättern mit geeigneten Artikeln aus der „Gleichheit" verlangt, findet keine Zustimmung. Die Artikel der „Gleichheit" seien für vorgeschrittene Genossinnen, nicht für erst noch zu gewinnende Frauen geschrieben. Frau Zietz-Hamburg vertritt einen Antrag der Hamburger Genossinnen, den Zeitungen eine allwöchentlich erscheinende Frauenbeilage beizulegen.

Von Frau Zetkin liegt folgender Antrag vor: „Zur Agitation unter den Arbeiterinnen sind, wie es schon der Parteitag zu Gotha beschlossen, in bestimmten Zwischenräumen kurze, populär gehaltene Flugblätter herauszugeben, welche in knapper, kräftiger Darstellung einzelne Seiten der Arbeiterinnen-Interessen und der Frauenfrage behandeln (Lohnfrage, Arbeitszeit, Ueberstundenarbeit, sanitäre Bedingungen, gesetzlicher Schutz, Gewerkschaftsorganisation, Gewerbeschiedsgerichte, Krankenversicherung 2c.) Diese Flugblätter sollen die Form kleiner Broschüren erhalten, auf gutem Papier gedruckt und geschmackvoll ausgestattet werden. Mit ihrer Herausgabe wird eine Kommission betraut."

Von verschiedenen Rednerinnen wird übereinstimmend ausgeführt, daß die Presse auch für die Frauenbewegung der stete Tropfen sein müsse, der endlich den Stein aushöhlt. Die Agitationsflugblätter müßten jedoch besser als bisher den Bedürfnissen und der Fassungsgabe der noch zu gewinnenden Frauen angepaßt sein.

Es tritt hierauf die Mittagspause ein.

In der Nachmittags-Sitzung ist Eugelbert Pernerstorffer aus Wien als Gast erschienen und wird von Frau Zetkin herzlich begrüßt.

Die Debatte über die Allgemeine Agitation wird fortgesetzt. Frl. Vogel-Charlottenburg giebt der Meinung Ausdruck, daß, so lange kein populäres Frauenblatt existirt, die „Gleichheit" etwas populärer gehalten werden müsse. Es gelte, den Indifferentismus der Parteigenossen in der Frauenagitation zu besiegen. Frauen und Töchter von führenden Parteigenossen seien oft schlechter über die Parteiziele unterrichtet, als einfache Fabrikarbeiterinnen.

Frau Greiffenberg-Berlin erklärt sich entschieden gegen eine andere Redaktionsführung in der „Gleichheit". Für die Agitation seien Flugblätter in verstärktem Maße nothwendig. Für ein zweites Frauenblatt fehlten die Kräfte.

Frau Zerkin bittet den Antrag Hamburg auf Gründung einer besonderen Frauenzeitung abzulehnen. Die „Gleichheit" brauchen die vorgeschrittenen Genossinnen und auch die Genossen, die sich mit der Frauenfrage näher beschäftigen wollen.

Die Diskussion wird geschlossen. Der obenerwähnte Antrag Zetkin wird einstimmig angenommen. Als es zur Wahl der in dem Antrag vorgesehenen Flugblatt-Kommission kommen soll, entspinnt sich eine längere Debatte über die Zusammensetzung der Kommission und die Frage, ob die Flugblätter allgemein gehalten sein oder auf örtliche Verhältnisse Bezug nehmen sollen. Es wird beschlossen, die Kommission in Berlin zu konstituiren. Die Wahl der Personen wird den Berliner Genossinnen überlassen, die Flugblätter sollen allgemein gehalten werden. Der Antrag Brann wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Schließlich wird noch eine nachträglich eingebrachte Resolution Ihrer angenommen, der Parteitag möge die Leiter der Arbeiterblätter beauftragen, mehr als bisher auf die Interessen der Frauen und Arbeiterinnen Rücksicht zu nehmen, wie es von einzelnen Parteizeitungen bereits geschieht.

Der Antrag Hamburg auf Herausgabe einer besonderen Frauenzeitung wird gegen nur wenige Stimmen abgelehnt. In der nun folgenden Debatte wird der besondere Werth der Kleinarbeit in der Agitation behandelt.

Frau Duncker-Leipzig macht den Vorschlag, sich von Parteigenossen die Adressen fähiger Fabrikarbeiterinnen geben zu lassen, um mit ihnen Fühlung zu bekommen.

Frau Ihrer und Frau Zetkin legen ebenfalls besonderen Werth auf die persönliche Agitation.

Frau Zietz-Hamburg ist auf Grund persönlicher Erfahrungen der Ansicht, daß man den Arbeiterinnen weniger mit allgemeinen politischen Thematen, sondern mehr mit sachlichen, die Arbeiterinnen persönlich angehenden kommen muß. Die persönliche Agitation nach einer Versammlung sei oft wichtiger, als die Versammlung selbst. Rednerin legte den Frauen noch besonders ans Herz, ihr Wahlrecht bei den Ortskrankenkassen auszunützen.

Pernerstorffer-Wien: Aus den letzten Verhandlungen habe ich ersehen, daß auch in Deutschland die Frauenbewegung erst im Werden begriffen ist und noch nicht diejenige Stufe erklommen hat, die wir Alle wünschen. In einem solchen Stadium aber ist die persönliche Agitation die Hauptsache. Persönliche Frauenagitation ist aber gut nur von Frauen zu leisten. Wir haben in Oesterreich den Zuckersteuer-Rummel gehabt. Die Frauen sind in Schaaren in unsere Versammlungen gekommen. Nachher haben sie sich aber wieder verlaufen. Für die parteimäßige Organisation hat nichts herausgeschaut. Ich kann den Frauen nur rathen, sich auf sich selbst zu stellen. Von den Männern dürfen Sie nicht viel erwarten. Die Männer kommen den Frauen nicht immer so zart entgegen, sie zucken bei aller politischen Aufklärung über die Frauen die Achseln. So ist es wenigstens bei uns, ich weiß nicht, ob sie bei Ihnen besser sind. (Heiterkeit.) Ich möchte sagen, wie der Sozialismus nur siegen kann durch die Arbeiter selbst, so kann auch die Frauenbewegung nur siegen durch die Frauen selbst. (Beifall.)

Frl. Vogel-Charlottenburg ist im Gegensatz zu Pernerstorffer der Ansicht, daß die Frauen sich jetzt noch nicht auf die eigene Kraft verlassen und die Mithilfe der Männer nicht entbehren können.

Frau Steinbach-Hamburg stimmt der Vorrednerin zu. Freilich würden die Frauen noch warten müssen, bis die Männer noch mehr aufgeklärt seien. Der Begriff des „Weibchens" müßte den Männern im politischen Verkehr mit Frauen erst ausgetrieben werden, ehe es besser werden könne. Die Frauen können nur durch gewerkschaftliche Organisation gewonnen werden. Voraussetzung dabei ist die Neutralität der Gewerkschaften. (Lachen.) In 30 Jahren werden wir über den Nutzen der Neutralität alle einig sein. (Erneutes Lachen.)

Pernerstorffer-Wien betont, um jedes Mißverständniß auszuschließen, nochmals, daß er nicht dem Zusammenarbeiten von Männern und Frauen hinderlich in den Weg treten wolle, daß er aber der Ansicht sei, in letzter Linie könnten nur die Frauen selbst ihre Bewegung zum Ziele führen.

Frau Duncker-Leipzig giebt die Anregung, auf den Eisenbahnen Agitation mit Druckschriften zu treiben.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Streik der Maurer Kassels endete erfolglos, die Lohnbewegung der Schmiede Mannheims (Meistergesellen) jedoch mit vollem Siege. Unter den Forderungen im letzten Fall sei als eine Art Kuriosum vermerkt, daß von jetzt an die Meister die Gesellen mit Sie anzureden haben. Eine Streikbewegung der Berliner Möbeltransportarbeiter und Kutscher, die am Montag früh proklamirt wurde, hat zu einem Erfolge der Arbeiter geführt. Die größten Geschäfte haben die Forden bewilligt, so daß nur noch etwa 100 Mann streiken. — Ein Massenstreik der Buchbinder Berlins ist Dienstag ausgebrochen. — Durch Vergleich wurde der Steinmetzstreik am Rathhausbau in München mit einigen Vortheilen für die Arbeiter erledigt. Das Urtheil des Schiedsgerichts über die Frage, ob die Unternehmer an dem Streik schuldlos sind oder nicht, soll weder verkündigt noch zugestellt, sondern vernichtet werden. Merkwürdig! — In Kladno (Oesterreich) findet Sonntag eine allgemeine Kohlenarbeiterversammlung statt, in welcher die Forderungen der Arbeiter formulirt werden sollen und von deren Erfüllung oder Ablehnung ein neuer Kohlenarbeiterstreik abhängen wird. — Zum amerikanischen Riesenkohlenarbeiterstreik meldet die „Frkf. Ztg.": Die Arbeiterführer erklären, gegenwärtig seien 106 000 Grubenarbeiter im Streik. Diese Zahl ist jedoch zu hoch bemessen, da beispielsweise die Susquehanna-Gesellschaft in Lykensthal wie auch bei Schamokin ihre Gruben im Betrieb haben. Auch in Nanticoke leiden die Gruben unter dem Streik. Nachdem wenige Stunden gearbeitet worden war, mußten die Bergwerke der Lehigh-Vally-Compagnie außer Betrieb gesetzt werden, da die Zahl der arbeitenden Bergleute ungenügend war.

Der Verband der Handschuhmacher beschloß durch Urabstimmung mit 1475 gegen 691 Stimmen die Erhöhung der Beiträge auf 45 Pf. pro Woche.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Der Händler Rosenthal ist in Camin auf Antrag der Konitzer Staatsanwaltschaft verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängniß in Zempelburg abgeführt worden. Rosenthal soll nämlich versucht haben, ein Dienstmädchen zum Meineid in der Konitzer Mordaffaire zu verleiten. — In Dresden verbot die Polizei eine Arbeitslosenversammlung wegen angeblicher Gefährdung der öffentlichen Ordnung. In Dresden sind zahllose Feiernde, deren Hunger nun jedenfalls gestillt ist! — Bei Nassau erlag während des Manövergefechtes ein Infanterist dem Hitzschlage. — Wegen Fahnenflucht ist der aus Hadersleben gebürtige Deserteur Anders Friedrich Andersen, der vor reichlich 12 Jahren aus seinem Garnisonort Schleswig desertirte und beim Ueberschreiten der dänischen Grenze einen Grenzaufseher tödtete, welche That er mit einer 12jährigen Zuchthausstrafe in Horsens zu büßen hatte und dann ausgeliefert wurde, vom Flensburger Militärgericht zu drei Jahren Gefängniß verurtheilt worden. Der Deserteur wurde zur Verbüßung seiner Strafe nach Hameln übergeführt. Sein Vater, der Stadtbote Andersen aus Hadersleben, erhängte sich kürzlich in einer Gefängnißzelle, nachdem er wegen Sittenverbrechens in Untersuchunshaft genommen worden war. — In Mannheim schlitzte bei einem Streithandel der Italiener Valentin Deteskо dem Tagelöhner Philipp Grob den Unterleib auf. In hoffnungslosem Zustande wurde der Verletzte ins Allgemeine Krankenhaus gebracht. Deteskо wurde verhaftet. — Wegen versuchten Betruges im wiederholten Rückfalle ist am 17. Juni vom Landgerichte Hamburg der Journalist und frühere Offizier Oskar Schloßbauer, ein echter Zeitungspirat, wie sie jetzt wieder beim Werftarbeiterstreik sich andrängen, zu 5 Jahren Zuchthaus und 3000 Mk. Geldstrafe verurtheilt worden. Seine Revision wurde vom Reichsgerichte verworfen. — In Obertürkheim (Württemberg) kam, wie der „Staatsanzeiger" berichtet, der Obermonteur Vazoeler, der an der elektrischen Leitung beschäftigt war, mit dem kleinen Finger dem Hauptleitungsdraht zu nahe und wurde sofort durch den elektrischen Strom getödtet. — In Brieg wurde der Mörder Ossada, der eine Bauersfrau mit ihrem elfjährigen Sohn bei dem Einbruche in ihr Gehöft durch Beilhiebe ermordet hatte, enthauptet. — In Köln erstach ein von seiner Frau getrennt lebender Verputzer die Frau eines Kollegen, mit der er in einer Wirthschaft in einen Wortwechsel gerathen war. Die Frau verstarb sofort. Der Thäter ist verhaftet. —

Spottdrossel.

Roman von E. Vely.

(6. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Und wenn Ihr einmal alt werdet?" wagt Hans einzuwerfen.

„Alt? Corpo di Bacco, alt werden wir nicht das heißt nämlich, der echte Künstler kennt kein Alter. Wenn ich einmal nicht mehr das Thurmseil besteige, so kann ich noch als Magnetiseur, Taschenspieler und Feuerfresser arbeiten."

„Feuerfresser!" staunt ein neugieriger Zuhörer.

Casimir Silberini giebt einem Harlekin, der ihm zu nah gekommen ist, einen freundschaftlichen Puff und blickt herausfordernd in Hansens Gesicht.

„Wenn ich an Ihrer Stelle wäre — da mit der Gestalt und dem Gesicht, das den Weibern gefallen muß — und den Füßen — ich wüßt schon, was ich thäte!"

„Was denn auch?" fragt Hans und sein Athem stockt einen Augenblick.

„Zu Signor Silberini ging ich und sagte: Meister, nehmt mich als Schüler!"

Hans wirft einen furchtsamen Blick auf Ursel, aber die hat ihr Köpfchen tief gesenkt, er kann also nicht erforschen, wie sie zu den Reden aussieht.

„Wär' i denn nimmer zu alt?" meint der schwarzhaarige Bursch.

„Bah — nein, keine Minute!" und der Seiltänzer lacht. „Was, da regt sich wohl etwas wie eine Lust? Ja, ein schönes Leben ist's."

Ein Kopfschütteln antwortet ihm, das der Seiltänzer auch nicht übel nimmt. Er zieht zwei Billets unter denen hervor, die er in der Hand hält und sagt:

„Casimir Silberini erlaubt sich, seine Dankesschuld ein wenig abzutragen, hier sind zwei erste Plätze — für Sie und Ihr Schätzchen. Auf Wiedersehen in der Vorstellung."

Hans hält die beiden dunkelrothen Papierzettel zagend zwischen den Fingern, die Künstler und ihre Begleitung ziehen weiter straßenabwärts, ihm ist's wie ein Nebel vor den Blicken. Endlich unterbricht ihn Ursels helle Stimme.

„Kann der aber schwätzen!"

„Meinst?" sagt er und selbst das eine Wort wird ihm schwer.

„Deine Füß' sind arg klein", fährt sie fort, das hab i immer schon denken müssen."

„Das hast!" Er hebt die Blicke noch nicht, das Andre, was ihm der fremde Mann gesagt, daß er den Weibern gefallen müsse, davon hat sie anscheinend nichts gehört. Den Weibern! ach, was kümmern ihn die, wenn er nur sicher davon überzeugt wäre, daß ihn die Ursel mag — von andern weiß er nichts und will er nie wissen, das steht fest bei ihm. Und er lacht vor sich hin — Mutter Marzel kennt ihn, die weiß, was er sich vornimmt, setzt er durch.

Da tanzen die braunen Zöpfe wieder auf und nieder und lustig fragt's neben ihm:

„Soll'n wir denn eigentlich für immer daher stehn bleib'n?"

„Nein, gewiß nit!" stammelt er ungeschickt. „Aber weißt was, Ursel, da sind nun auch die Zettel hier — ist mir zwar heiß geworden, wegen dem Mann sein' dummen Gespaß, aber mach' Dir nix draus. Hast Lust, auf das rothe Papier da 'nein zu gehn? I weiß schon, Du kannst's Dir selber kaufen, aber wir thäten nebeneinander sitzen —"

„Freilich wohl gehn wir 'nein", sagt sie. „Noch ein Geld dafür wär ja rein weg geworfen." Sie ist eine echte Bauerntochter, denn sie kann rechnen und zur Zeit auch sparen.

Durch Hansens Herz geht es wie ein heißer Strom, sie hat den kecken Spaß des Seiltänzers nicht im Argen aufgenommen.

„Nun komm auch!" drängt sie dann hastig und sie wandern dem Oberamt schweigend zu.

Der Stein, auf dem die Marzel wartend gesessen, ist leer, auch von fremden Leuten ist wenig draußen zu sehen. Eine Aufregung überkommt Hans — er denkt plötzlich wie die arme, alte Frau da innen mutterseelenallein vor vielleicht unbarmherzigen Richtern steht.

„I muß 'nein," ruft er.

„Ei, i geh mit!" sagt Ursel, und so treten sie gemeinsam in den Raum, wo die Verhandlungen sind — zwischen Andern wird ihnen ein Plätzchen zum Stehen, hie und da ein Durchblick über fremde Schultern hinweg. Schwüle, beklemmende Luft herrscht hier, ihre Augen sind wie geblendet, weil sie aus dem hellen Sonnenlicht kommen.

Ganz nah drängt sich die Ursel an ihn und ihre Finger suchen die seinen. „Hans, i thu mi fürchten!" Er weiß nicht, hat sie das wirklich gesagt oder ist ihm selber der Gedanke gekommen, aber er wünscht plötzlich die Sach möge dort hinten, von woher murmelnde, unverständliche Stimmen klingen, nie ein Ende nehmen, daß er immer so daher stehen könnte, Ursels Hand umfaßt, ihre runden Schultern nahe den Seinen, ihr Athem seine Wangen streifend.

Plötzlich richtet sich das Mädchen auf ihre Fußspitzen empor. „Horch auch," flüstert sie, „da spricht mein Vater!"

Zu gleicher Zeit giebt's vor ihnen einen Ausblick, weil sich die lebendige Mauer ein wenig hin- und herschiebt. Ei, wie schrickt Hans zusammen — er hätte wahrhaftig beinah der Ursel Hand fahren lassen.

Das kleine, graue Weib, welches vor dem Tische steht, an dem die Männer mit ernsten oder gelangweilten Mienen sitzen, ist ja seine Mutter Marzel — und unweit von ihr gewahrt er die breitschultrige Gestalt des Jörg Kun — und der sagt soeben: „Sell ist gewiß, das Weib hat nix als Unguts angericht', i könnt davon erzählen. Ist einmal ein Soldat gewesen —"

Eine scheußliche That verübten bei Herne (Westf.) zwei Bergleute an dem Reviersteiger Heinrich Voß von Zeche „Shamrock". Der Beamte wurde zunächst von den Burschen mit Steinen beworfen, und als sich Voß dieses freche Benehmen verbat, fielen die beiden über ihn her, schlugen mit Knüppeln auf ihn ein und versetzten dem besinnungslos am Boden Liegenden dann noch verschiedene Messerstiche, von denen einer die Lunge durchbohrte. Nach wenigen Augenblicken gab Voß seinen Geist auf. Die sofort benachrichtigte Polizei verhaftete die Thäter schon nach kurzer Zeit. — Der Gymnasiast Thomas Waldner aus Egg (Bregenzerwald) ist beim Enziansuchen im dortigen Gebirge über eine Felswand abgestürzt. Er war sofort todt. — In Budapest hat sich der Bildhauer Nikolaus Koellon wegen eines unheilbaren Leidens erschossen. — Nach einer bei den Lloyds eingegangenen Meldung aus Pembrey ist der Dampfer „Gordoncastle" aus Glasgow in Cardiganbi mit dem Hamburger Dampfer „Stormarn" zusammengestoßen. Beide Fahrzeuge sind gesunken. 20 Menschen vom „Gordoncastle sind umgekommen. — Weil das gelbe Fieber in Dakar herrscht, erhielt der von Dakar über Lissabon am 14. d. M. im Kanal eingetroffene französische Dampfer „General Dodd" nicht die Erlaubniß, in den Hafen Rotterdam einzulaufen. Unter der Schiffsbesatzung sind einige Erkrankungsfälle, die auf gelbes Fieber deuten, vorgekommen. Der Dampfer befindet sich in Quarantäne. — Der Dampfer „Bertha", der am 7. September von Alaska nach Seattle, Washington, zurückkehrte, brachte die Nachricht, daß an der Lituya-Bai ein Erdbeben großen Schaden angerichtet hat. Fünf Indianer, deren Kanoes in der Bai von niederstürzenden Gletschermassen zertrümmert wurden, ertranken. Unter den Verunglückten befindet sich der Indianerhäuptling „George". Das Erdbeben ereignete sich in der Gegend der vulkanischen Bergriesen Mount Elias und Mount Fairweather. Fünf ungeheure Gletscher, die in die Bai hineinragten, wurden durch die Erschütterung losgelöst, stürzten krachend nieder und füllten einen Theil der Bai mit berghohen Eismassen. — Zur Löwenplage in Deutsch-Ostafrika bringt die in Dar-es-salam erscheinende „Deutschostafr. Ztg." vom 25. August einige weitere Beiträge: Ein Löwe drang vergangenen Sonntag um Mitternacht in eine Negerhütte und tödtete ein schwarzes Weib, dem er Schenkel und Oberarm abfraß. Ein anderer Löwe hat Dienstag vergangener Woche auf der Deversschen Schamba eine Frau getödtet. Die Fallen, welche daraufhin gelegt wurden, sind bis jetzt noch unberührt geblieben.

Moderne Leibeigenschaft. Was unter der preußischen Gesinde-Ordnung Alles möglich ist, lehrt folgender Fall: Ein Dienstmädchen, Agnes Brix, hatte plötzlich ohne Aufkündigung ihren Dienst verlassen. Sie erhielt bald darauf von der Polizeibehörde eine Verfügung, in welcher ihr aufgegeben wurde, sofort in den Dienst zurückzukehren. Das Mädchen erhob Beschwerde, sie sei von ihrer Herrin mit einem Topf gegen den Kopf geschlagen worden, so daß eine blutende Wunde entstanden sei; nach § 136 der Gesinde-Ordnung könne ein Mädchen den Dienst ohne vorhergehende Aufkündigung dann verlassen, wenn es durch Mißhandlungen von der Herrschaft in Gefahr des Lebens oder der Gesundheit versetzt worden sei. Die Beschwerde wurde abgewiesen. Und das Ober-Verwaltungsgericht wies die Klage des Mädchens als unbegründet zurück. Dem unglücklichen Opfer der Gesinde-Ordnung wurden außerdem sämmtliche Kosten des Rechtsstreits zur Last gelegt. — Ein Züchtigungsrecht steht der Dienstherrschaft zwar nach der Regelung im Bürgerlichen Gesetzbuch nicht mehr zu, aber das Ober-Verwaltungsgericht hat vermuthlich festgestellt, daß es weder eine Mißhandlung, noch eine Züchtigung, noch eine Ehrverletzung ist, einem Dienstboten mit einem Topf gegen den Kopf zu schlagen, so daß Blut fließt. Läuft der Dienstbote dennoch davon, so handelt es sich um böswilliges Verlassen des Dienstes. Und bei solchen Zuständen klagen die „Herrschaften" über Dienstbotenmangel!

Von der Justiz. Aus Mainz wird berichtet: Ein Dienstknecht hatte beim Heuholen auf dem Felde in Gosenheim den ihm zur Hülfe mitgegebenen beiden 10- und 14jährigen Jungen seines Dienstherrn ein paar Schläge versetzt, weil sich die Jungen von der Arbeit gedrückt hatten. Auf die deshalb erfolgte Anzeige wurde er von der Polizei verhaftet und nach Mainz ins Untersuchungsgefängniß gebracht. Das Schöffengericht erkannte gegen den „Verbrecher" bei der geringfügigen Körperverletzung auf zehn Mark Geldstrafe, welche Strafe mit der fünf Wochen währenden Untersuchungshaft ausgeglichen wurde. (Der Fall klingt äußerst befremdlich, und es wird hoffentlich nachgeforscht werden, wie bei einem so geringfügigen Vergehen eine so lange Untersuchungshaft stattfinden konnte. Red.)

Auch ein Vertreter der christlichen Nächstenliebe. Aus Hadamar bei Limburg schreibt man der „Frkf. Ztg.": Der Lehrerin Frl. Wülsdörfer aus dem Nachbardorf Steinbach wurde bei Antritt ihrer dortigen Stelle das einzige, vor Feuchtigkeit geschützte Wohngelaß im Schulhaus, das offenbar auch zu den „Palästen" gehört, von dem Pfarrer Schulinspektor Bick in Oberweyer vorenthalten. Der Pfarrer erklärte, den Raum für die alle paar Wochen stattfindenden Schulkonferenzen nicht entbehren zu können und übergab ihn der Lehrerin erst, als diese bei der Wiesbadener Regierung ihr Recht suchte, jedoch auch dann nicht ohne allerlei erschwerende Umstände. So ließ er, es war im vorigen Spätherbst, durch dienstwillige Gemeindemitglieder den Ofen aus dem Zimmer nehmen und gab ihn nur gezwungen wieder zurück; auch den Schlüssel zum Gasabschluß mußte sich die rechtmäßige Inhaberin erkämpfen. Die Lehrerin und ein Lehrer, der ihr beigestanden hatte, wurden dann mit anonymen Schmähpostkarten bombardirt; sie waren geschrieben von einem längere Jahre im Pfarrhaus gewesenen Mädchen, das nachher durch eine öffentliche Abbitte im „Nass. Bote" bekannte, von den beiden Schwestern des Pfarrers angestiftet worden zu sein. Die Karten wurden, um die Spur zu verwischen, jeweils in einem benachbarten Orte zur Post gegeben. Das Allerneueste in der Kette von Aufmerksamkeiten ist nun, daß der Herr Pfarrer der Lehrerin Würsdörfer und einer zweiten Lehrerin Namens Lang ein ortspolizeiliches Strafmandat von 1 Mk. wegen groben Unfugs bezw. wegen ruhestörenden Lärms in der Kirche ausgewirkt hat. Das Verbrechen soll dadurch verübt worden sein, daß Frl. Würsdörfer sich der neben ihr sitzenden Kollegin fürsorglich annahm, als diese von einem Krampfhusten befallen wurde, bezw. daß Beide miteinander sprachen. Da ihnen einfach kein anderer Ausweg blieb, so haben die zwei Lehrerinnen gegen das Strafmandat gerichtliche Entscheidung angerufen und wurden glänzend freigesprochen. In der Verhandlung mit einem Massenaufgebot von Zeugen stand Eid gegen Eid. Das Ergebniß war gleichbedeutend mit der moralischen Vernichtung des Pfarrers Bick.

Attentatsgerüchte. Aus dem Allgäu berichtet die „Augsb. Abendztg.": „Ein etwas mysteriöser, jedenfalls bis jetzt noch nicht ganz aufgeklärter Vorfall macht viel von sich reden. Wie erzählt wird, bemerkte, als der Prinzregent von Bayern an einem Tage der vergangenen Woche auf die Jagd ging, die Begleitung des Jagdherrn ein Individuum, das in einiger Entfernung vorausging, sich plötzlich seitwärts in ein Gebüsch wendete, aber von einem Gensdarmen oder Leibjäger festgenommen und ihm ein Revolver abgenommen wurde. Ferner soll man bei dem Manne, der angab, sich mit Selbstmordgedanken zu tragen, ein Retourbillet Lindau-Oberstdorf und circa 70 österreichische Gulden in Baar gefunden haben. Was an diesen Gerüchten Wahres ist, vermag ich nicht zu konstatiren; daß an den Vorfall sich Attentatsgerüchte knüpfen, ist in diesen Zeiten anarchistischer Schandthaten nicht zu verwundern."

Den Talmiwohlthätern, die bei uns in Deutschland allüberall ihr Wesen treiben, indem sie allerhand „Wohlthätigkeits-Bazare", „-Bälle", „-Konzerte" u. s. w. abhalten, um angeblich den Armen zu helfen, ist durch einen Erlaß des Amtshauptmannes von Chemnitz eina recht unangenehme Ueberraschung zu Theil geworden. Derselbe ist interessant genug, um ihn wörtlich wiederzugeben:

„Die königliche Amtshauptmannschaft hat häufig die Erfahrung zu machen, daß öffentliche Veranstaltungen für die behufs Verfolgung wohlthätiger oder gemeinnütziger Zwecke um Erlaubniß zur Erhebung von Eintrittsgeld nachgesucht worden ist, verhältnißmäßig geringe oder überhaupt keine Erträge für die angegebenen Zwecke erbracht haben.

Die Schuld hieran liegt zumeist darin, daß viel zu hohe Summen für Requisiten, Kostüme, Noten u. s. w. verausgabt und bisweilen sogar berufsmäßige Künstler niederer Gattung (sogenannte Kompletsänger, Komiker u. s. w.) für minderwerthige Aufführungen nicht unbeträchtliche Honorare erhalten.

Die königliche Amtshauptmannschaft kann nicht dulden, daß in Fällen dieser Art ohne thatsächliche Förderung des vorgeschützten wohlthätigen oder gemeinnützigen Zwecks die Oeffentlichkeit in Form der Erhebung von Eintrittgeld in Anspruch genommen wird, sieht sich daher veranlaßt, bei künftigen Gesuchen einen strengeren Maßstab anzulegen und wird die erforderlichen Genehmigungen nur noch dann ertheilen, wenn bei solchen Veranstaltungen die Mitwirkenden und Leiter vor allen Dingen persönlich selbst Opfer bringen und nach jeder Richtung hin die nothwendiger Weise entstehenden Unkosten auf ein thunlichst geringes Maß herabzudrücken sich bemühen, so daß für den angegebenen guten Zweck mit Sicherheit ein — nach Befinden vor der Erlaubnißertheilung zu hinterlegender — Reinertrag (von mindestens 50 Mk.) erwartet werden kann.

Die Gemeindebehörden des amtshauptmannschaftlichen Bezirks werden hiermit angewiesen, bei Begutachtung bezüglicher Gesuche Vorstehendes zur Richtschnur zu nehmen.

Chemnitz, den 8. September 1900.

Die königliche Amtshauptmannschaft.
Dr. Hallbauer.

Diese Verordnung richtet sich nur gegen die sogenannte bessere Gesellschaft; Arbeitervereine werden davon nicht betroffen, denn ihnen war es so schon fast nie und nirgends gestattet, derartige öffentliche Veranstaltungen in Szene zu setzen. Es wird hier amtlich festgestellt, welcher Unfug mit den Wohlthätigkeits-Veranstaltungen getrieben wird. Die „Wohlthäter" müssen von Amts wegen daran erinnert werden, daß sie selbst Opfer bringen müssen. Wenn die Menschenfreundlichkeit erst aus eigener Tasche bezahlt werden muß, dürfte die Sucht, bei solchen Veranstaltungen zu prunken, bald etwas gedämpft werden.

Ein neues Wort hat der Kritiker eines hannöverschen Blattes der deutschen Sprache zugefügt. Er schreibt: „Die Wahl des ersten Stückes war hier nicht schlechter und nicht besser als in Hamburg, wo man die Aera des Deutschen Schauspielhauses nach der entgoetheten Iphigenie mit der „Jugend von heute" begann." — Wir erwarten nun die entschillerte Maria Stuart, den entlessingten Nathan und das entblumenthalte Weiße Rössel!

Literarisches.

Im Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. ist soeben ein neues, hochinteressantes Werk über Rußland erschienen unter dem Titel: **Das hungernde Rußland.** Reiseeindrückende, Beobachtungen und Untersuchungen von Dr. C. Lehmann und Parvus. Aus dem Prospekt theilen wir Nachstehendes mit:

Die im Jahre 1898 stattgehabte Hungersnoth in Rußland, die auch im Jahre 1899 ihre Fortsetzung fand und chronisch zu werden droht, veranlaßte den Arzt Dr. C. Lehmann in München und Parvus, einen geborenen Russen, der auf schweizerischen Universitäten seine wissenschaftliche Bildung erlangt und in weiteren Kreisen Deutschlands sich einen geachteten Namen erworben hat, im Jahre 1899 eine Forschungsreise durch das Hungergebiet zu machen. — Die Ergebnisse dieser Reise sind in dem nunmehr vorliegenden Werke niedergelegt. Das Studium desselben dürfte für alle Ethnologen, Soziologen, Statistiker, Finanzleute, Nationalökonomen, Aerzte und Andere von großem Interesse sein; die ungeschminkte, gerade Sprechweite der beiden Autoren wird sicher bei Jedem einen tiefen Eindruck hinterlassen — in der Darstellung ergänzen sich Arzt und Nationalökonom. Im Vorwort sagen die Verfasser: „Die Pariser Weltausstellung, wie schon früher jene in Chicago, gab der russischen Regierung abermals Veranlassung zu einer großartigen Reklame. Durch ein prunkhaftes Arrangement zaubert sie den Beschauern ein Bild des Reichthums und des Ueberflusses vor. Ist das nicht die alte Kunst der ‚Potemkinschen Dörfer'?" „Seitdem man Rußland kennt, weiß man, daß es ein an Naturschätzen reiches Land ist. Was aber an Rußland stets verwunderte, war, wie wenig es diese Schätze auszunutzen versteht, wie arm es in seinem Reichthum ist. Soll es jetzt bereits anders geworden sein? Dieses Buch zeigt die Gegenseite der Medaille: das offizielle, zarische Rußland giebt sich als Rußland der Opulenz — unser Buch schildert das hungernde Rußland."

Das reich illustrirte Werk umfaßt 34 Bogen. Die Ausstattung ist eine gediegene. Der Preis für das komplete Werk beträgt broschirt 6 Mk., in englischer Leinwand gebunden 7,50 Mk. Gleichzeitig ist eine Lieferungsausgabe veranstaltet worden, die in 16 Heften à 40 Pf. komplet vorliegen wird. Alle 14 Tage erscheint ein Heft.

Die Buchhandlung von Friedr. Meyer u. Co., Johannisstraße 50, sowie ihre Kolporteure nehmen Bestellungen entgegen.

Für Vereinsbibliotheken sei das hochinteressante Werk besonders empfohlen.

„Das gehört nicht hierher," ruft der Richter. „Sie, Jörg Kun, haben nur zu antworten, wenn Sie gefragt werden."

Eine Weile findet sich der Bauer in seine stumme Rolle; unterdessen bestätigt die Alte ihr Personale, daß sie Marzelline Seidle getauft ist und giebt zu, daß sie schon eine Gefängnißstrafe verbüßt, wegen unbefugten Holzsammelns. Nur einzelne Worte dringen bis zum Ohre ihres Pflegesohnes hinüber, aber der wird blaß und roth, wie die leise zitternde Stimme Antwort giebt.

Dann kommt die Anklage, zu der sich die Marzel „nichtschuldig" bekennt.

„Zwischen den Wegen hab i gerauft, nimmer auf des Durrmüllers Eigenthum, Herr!"

„Wahr ist's doch," krächzt der Durrmüller, als er aufgerufen wird. „Gut zehn Schuh breit die ganze Wies' entlang hab i vertreten und zerrauft gefunden, nix zu mähen ist gewesen. Und wie i's dem Jörg Kun 'klagt hab, da ist sein Red' gegangen: Das hat Niemand gethan, als die Marzel, die hab i am Rain gesehen, die hat's than."

„Und wahr ist's," fällt Jörg Kun ein, „auf dem Weg ist's wohl gelegen, das Weib — aber 'nübergerauft hat's — sell ist gewiß!"

„Bei meiner Seel' nit!" betheuert Marzel.

„Ein' Seel' will die auch haben!" lacht Jörg auf und zieht sich eine neue Vermahnung zu. Dann wird ein zweiter Zeuge aufgerufen.

„Rupert Schülin!" flüstert Ursel und schaut zaghaft auf ihren Begleiter.

Auch der wird gefragt, ob es möglich sei, vom Fahrweg aus genau zu unterscheiden, ob die Marzel auf fremden Eigenthum Gras gesammelt. Der kleine, gelbe Mann blickt auf Jörg Kun.

„Wie der gesagt hat, sag i — was der gesehen hat, hab i gesehen!"

Und bei allem Hin- und Herreden die gleiche Antwort.

„Herr," fällt Jörg Kun ein, „daß das Weib zu so etwas fähig ist, sell kann i beweisen. Aus purem Trotz hat's vor zwanzig Jahren der Gemeind' ein fremdes Weib —"

Hans läßt die Hand des Mädchens fahren, er richtet sich auf, wie ein junger Löwe zum Sprung, seine dunkelrothen Lippen sind weit geöffnet, als wollen sie einen Kampfesruf ausstoßen — da kommt ein neues Verbot des Vorsitzenden, der reiche Emminger Bauer muß schweigen.

„Sein Glück ist's, sein Glück," murmelt Hans, „mein arm's todt's Mütterle, das hätt' i nimmer verschimpfiren lassen, und thät's mein' Hals kosten!"

Beweis und Gegenbeweis sollen abgemessen werden, dem Jörg Kun seine Rolle vor Gericht ist zu Ende gespielt, Marzel hat auf ihr Urtheil zu warten. Viele gehen hinaus, es ist ihnen gleich, wie das ausfällt.

„I hoff', sagt Ursel und ihre frischen Lippen kommen dem Ohr des Burschen ganz nah, „sie machen sie frei."

„Wenn's gerecht hergeht," erwidert er mit Zähneknirschen. Er hat eine Verwünschung für den Bauer, welcher ein armes, hilfloses Weib verfolgt, auf den Lippen — aber wie er sie aussprechen will, bedenkt er, daß es ihr Vater ist und bemeistert sich und schweigt.

Beim Herausgehen winkt Jörg Kun der Tochter, er scheint gar nicht zu sehen, neben wem sie all die Zeit gestanden hat. Sie faßt Hans am Arm: „Gib auch das Zettele, daß i nachher richtig zu Dir finden thu."

Er willfahrt ihr und sieht hinter ihr her, bis sie an den Leuten vorüber zur Thür ist — sie gefällt ihm so gut in dem blauen Kleid und wenn eins die Zöpfe anschaut, so ist man immer in Versuchung, sie daran herzuziehen, ganz nah, ganz nah. Und wie hat der bunte Mann, dem die Rede so leicht wird, gesagt: „Dein Schätzle."

Da wandert sein Blick zurück in den Raum und fällt auf eine kleine Gestalt; zusammengehockt wie draußen auf dem Stein sitzt die Marzel dort drüben und erwartet ihren Spruch.

Hans möchte plötzlich in sein Hirn fassen und all die Gedanken herausreißen können, die nicht ihr gelten, der armen, dürftigen Gestalt, welche gelitten hat und gedarbt um seinetwillen, der ihr doch fremd ist.

Wenn er nur rufen dürfte, oder zu ihr. Er faßt die Schranke an, zu der er jetzt frei heran kam, und steht da und blickt hinüber. Wenn sie nur einmal aufschauen wollte, einmal, damit er ihr mit einem Blick sagen könnte: „I, Dein Hannesle, i bin da!"

Wie schwül es ist, grüne Vorhänge sind an den Fenstern, die dämpfen das grelle Sonnenlicht, aber nebenher stehlen sich doch zuckende Strahlen herein und laufen über den schmutzigen Fußboden hin, einer trifft auch die Gestalt der Marzel, jetzt ihren grauen Kopf, sieht aus, als trüge sie für Sekunden eine goldene Krone darauf.

Nun steht einer auf und sagt der Marzel, daß sie ihren Urtheilsspruch zu vernehmen hat, und bald sind die Worte verklungen, die ihr mittheilen, daß Jörg Kuns und Rupert Schülins Zeugenschaft für glaubwürdiger erachtet ist, als ihre eignen Betheuerungen. „Drei Tage Gefängniß!" weil die Richter Milderungsgründe haben walten lassen. (F. folgt.)

Verantwortlicher Redacteur: August Kaisch. — Verleger: Theod. Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Schmiedeberg in Sachsen.